

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
vom 25. bis 29. April 1983 in Straßburg**

Während der Apriltagung (Erster Teil der 35. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses, sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit. Hierzu sprach Abg. Spies von Bülsheim (S. 5).

Bericht des Ministerkomitees

Schriftliche Frage von Abg. Jäger (Wangen) (S. 19).

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 19) und Jäger (Wangen) (S. 20).

Politische Fragen

— Die Ost-West-Beziehungen

Hierzu sprachen die Abg. Jäger (Wangen) (S. 20), Dr. Geßner (S. 21), Rösch (S. 23), Dr. Müller (S. 24), Reddemann (S. 25), Jäger (Wangen) (S. 26).

Wirtschaft und Entwicklung

— Die Entwicklung des internationalen Handels. Entschließung 796 (S. 7)

Hierzu sprach Abg. Dr. Vohrer (S. 6).

— 1983 — Das Jahr der Klein- und Mittelbetriebe und des Handwerks. Entschließung 798 (S. 32).

Hierzu sprach Abg. Dr. Vohrer (S. 29, 31).

Soziale Fragen

- Die Information und Konsultierung der Arbeitnehmer in multinationalen und nationalen Unternehmen mit komplexen Strukturen. Empfehlung 965 (S. 9).
- Der Verbleib des Dioxins aus Seveso. EntschlieÙung 797 (S. 13).

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Vohrer (S. 10) und Rösch (S. 12).

Wissenschaft und Technologie

- Der Entwurf einer Europäischen Konvention zum Schutz von Tieren bei Experimenten

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 27) und Rösch (S. 28).

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit den betreffenden Beschlüssen der Versammlung abgedruckt.

Die Versammlung wählte den deutschen Abg. Dr. Karl Ahrens (SPD) zu ihrem Präsidenten. Ausschußvorsitzender wurde Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU) (Landwirtschaftsausschuß). Stellvertretende Ausschußvorsitzende wurden Abg. Reddemann (CDU/CSU) (Politischer Ausschuß), Abg. Dr. Müller (CDU/CSU) (Ausschuß für Kultur und Erziehung) und Abg. Dr. Enders (SPD) (Ausschuß für Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Demoskopie).

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der belgische Außenminister Leo Tindemans vor.

Zur Versammlung sprach der italienische Staatspräsident Sandro Pertini (S. 13).

Bonn, den 26. Mai 1983

Gerhard Reddemann

Sprecher

Dr. Manfred Achim Geßner

Stellvertretender Sprecher

Montag, 25. April 1983

Tagesordnungspunkt:

Wahl des Präsidenten der Versammlung

In geheimer Abstimmung wird der einzige Kandidat, Abg. Dr. Ahrens (Bundesrepublik Deutschland), mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der Versammlung zum Präsidenten gewählt (Abstimmungsergebnis: Abg. Dr. Ahrens erhält 86 von 116 abgegebenen Stimmen).

Dr. Ahrens (SPD), Präsident der Parlamentarischen Versammlung; (Übersetzung aus dem Englischen:)

Meine Damen und Herren, verehrte Kollegen, ich danke Ihnen herzlich für den Vertrauensbeweis, den Sie mir soeben entgegengebracht haben, indem Sie mich zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gewählt haben.

Ich bin seit 1970 Mitglied dieser Versammlung, und ich weiß nur zu gut, welche große Verantwortung Sie mir mit dem Präsidentenamt übertragen haben. Ich werde meine Pflichten gewissenhaft erfüllen, und ich betrachte mich vom heutigen Tage an als erster Diener der Parlamentarischen Versammlung in ihrer Gesamtheit.

Lassen Sie mich zunächst unserem ältesten Mitglied, Herrn Edwards, aufrichtig dafür danken, daß er die Wahl geleitet hat. Die überlegene Art und Weise, in der er in diesem Jahr wieder seine Aufgabe erfüllte, zeigt die große Erfahrung, die er in seiner langen Laufbahn als Parlamentarier erworben hat. (Übersetzung aus dem Französischen:)

Ganz besonders danken möchte ich auch Präsident Areilza für das, was er in den zwei Jahren seiner Präsidentschaft für den Europarat und für die Parlamentarische Versammlung getan hat. Sie haben, Herr Präsident, Ihr Amt gewissenhaft und mit großer Hingabe ausgeübt und Ihren reichen Erfahrungsschatz aus dem politischen und beruflichen Leben in Ihre Arbeit eingebracht. Ihre ausgezeichneten Kenntnisse auf dem Gebiet der europäischen Geschichte und der europäischen Politik, aber auch Ihre persönlichen Beziehungen zu den führenden Politikern unserer Mitgliedstaaten haben Ihre Präsidentschaft zu einer Zeit äußerst fruchtbarer Zusammenarbeit gemacht. Ich erwähne hier vor allem die auf Ihre Initiative zurückgehende Organisation der Straßburger Konferenz, deren erste Sitzung im Herbst stattfinden wird. Ich bedaure zutiefst, daß Sie nicht als Präsident unserer Versammlung daran teilnehmen können. Die Unwägbarkeiten des politischen Lebens, mit denen alle demokratischen Politiker konfrontiert werden, und die wir alle akzeptieren, haben Ihrer Präsidentschaft vorzeitig ein Ende gesetzt.

Ich bin ganz sicher, daß Sie in den nächsten Jahren nicht inaktiv sein werden und daß Sie weiterhin die Arbeiten des Europarates mit Aufmerksamkeit und Interesse verfolgen werden. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß wir uns eines Tages wiedersehen werden. Herr Areilza, für die kommenden Jahre begleiten Sie die besten Wünsche aller Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen nicht verhehlen, daß meine Freude genauso groß gewesen wäre, wenn Sie an meiner Stelle meinen Freund Tom Urwin oder meinen Freund Georges Spenale gewählt hätten. Beide haben ihr Leben dem Bemühen um Verständigung und Frieden zwischen unseren Völkern gewidmet. Beide haben sich seit Jahrzehnten durch ihre Leistungen in dieser Versammlung wie auch in ihren nationalen Parlamenten ausgezeichnet. Beide wären dieses hohen Amtes würdiger als ich. Aber, wie Sie wissen, sind Tom Urwin und Georges Spenale derzeit beide krank und konnten ihre Kandidatur für dieses Amt nicht einreichen. Ich denke, Sie werden alle damit einverstanden sein, daß ich heute ein Telegramm mit den besten Genesungswünschen der Versammlung an diese beiden Kollegen richte.

(Auf Deutsch:) Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Welt, Europa und jedes unserer Länder stehen heute vor schwierigen Aufgaben. Unfreiheit und Angst, Hunger, Sorge und Not bedrücken viele Menschen. Als Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vertreten wir mehr als 400 Millionen Menschen unseres Kontinents. Wir sind die größte Versammlung, die ausschließlich demokratische Staaten zusammenführt. Wenn wir unsere Aufgaben hier erfüllen wollen, dann müssen wir uns mit den Problemen dieser Menschen auseinandersetzen und ernsthaft versuchen, zu einer Lösung beizutragen. Das Ausmaß der Probleme ist erdrückend groß. Angst geht um in der Welt, weil die **Kriegsgefahr** gestiegen ist und weil der Rüstungswettlauf ungebremst weitergeht. Gewiß, es hat Kriege, es hat auch Kriegsgefahr und auch Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen zu allen Zeiten gegeben. Erstmals aber ist die Menschheit in der Lage, sich selbst auszurotten und den Erdball zu zerstören. Wir Europäer dürfen in einer solchen Situation nicht schweigen; denn durch unseren Kontinent geht die Grenze zwischen Ost und West, verläuft die Front zwischen den beiden Großmächten. Wir sind daher im Interesse der von uns vertretenen Menschen verpflichtet, unsere Stimme zu erheben und immer wieder zu fordern, den Frieden nicht auf einem höheren, sondern auf einem niedrigeren Niveau der Streitkräfte und der Waffentechnik zu sichern.

Aber nicht allein durch Krieg und Waffengewalt, auch durch unbedachte Anwendung der Technik können wir unseren Planeten unbewohnbar machen. Allzulange haben wir die Forderungen der Natur vernachlässigt und die Schätze der Erde

weltweit geplündert. Diese Probleme lassen sich heute nicht mehr in den eng gewordenen Grenzen unserer Staaten, lassen sich nicht mehr allein aus nationalem Interesse lösen. Umweltschäden halten sich nicht an Grenzen. Oftmals entstehen die Schäden erst im Nachbarland. Hier ist der Europarat gefordert, mitzuhelfen, daß die Erde auch für unsere Kinder und Kindeskindern bewohnbar bleibt.

Aber auch Fragen der Zukunft der menschlichen Arbeit sind gestellt und wollen beantwortet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr als 18 Millionen Menschen in unseren 21 Mitgliedstaaten sind heute ohne Arbeit, und mehr als 40% dieser Arbeitslosen sind jünger als 25 Jahre. Es fehlt nicht an Bemühungen, diese schreckliche Zahl zu vermindern. Gleichwohl nimmt die **Arbeitslosigkeit** weiter zu. Die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich die Staaten und auch die Wirtschaft zu einem großen Teil befinden, aber auch der Einsatz immer modernerer Apparate und Maschinen verdrängen immer mehr Menschen von ihren Arbeitsplätzen in Fabriken und Büroräumen. Wenn auch versucht wird, die größte materielle Not der Arbeitslosen zu lindern, so erfahren doch immer mehr Menschen, daß Arbeit eben nicht nur eine Beschäftigung zur Sicherung der Existenz, sondern ein Grundbedürfnis des Menschen ist und daß das Fehlen von Arbeit die Stellung des Menschen in der Gesellschaft tangiert, daß viele an Arbeitslosigkeit innerlich zerbrechen. Ich hoffe, daß die Arbeitsminister unserer Staaten, die in der nächsten Woche zusammentreffen, nicht nur eine Bestandsaufnahme machen, sondern auch Lösungsansätze finden. In einer hochentwickelten Weltwirtschaft kann auch das Problem der Arbeitslosigkeit jedenfalls auf Dauer nicht mehr national gelöst werden. Auch hier ist der Europarat gefordert, zur Beherrschung dieser weltweiten Krise seinen Beitrag zu leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir vertreten hier wohl die freien Staaten Europas, aber wir vertreten nur die eine Hälfte unseres Kontinents. Als Deutscher komme ich aus einem geteilten Land. Daher werden Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, sicherlich Verständnis dafür haben, wenn ich unsere Arbeit im Europarat stets auch in ihren Auswirkungen auf die Menschen in der anderen Hälfte unseres Kontinents sehe und bewerte. Die Unfreiheit, in der die andere Hälfte Europas auch heute noch lebt, darf gerade den Europarat nicht ruhen lassen. Unsere Organisation hat sich seit ihrer Gründung in besonderem Maße der **Wahrung der Menschenrechte** verpflichtet gefühlt. Wir können uns daher nicht damit begnügen, unser Haus im Westen Europas in Ordnung zu bringen, sondern wir müssen unsere Stimme auch für diejenigen Europäer erheben, die nicht reden dürfen, und wir müssen immer wieder das Gespräch mit den Menschen im anderen Teil Europas suchen. Wir müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Unrecht auch weiterhin Unrecht nennen, gleichgültig in welchem Teil der Welt es geschieht. In bin gewiß, daß die Parlamentarische Versammlung sich gerade dieser Verpflichtung auch in Zukunft stets bewußt bleiben wird. Andernfalls würden wir als Versammlung das

Recht verlieren, auch künftig für freie Menschen zu sprechen.

Die Staaten Europas haben das Bild dieser Welt gezeichnet, und sie tragen auch heute noch Verantwortung für vieles, was in anderen Teilen der Welt geschieht. Damit werden wir auch Probleme zu diskutieren haben, die sich außerhalb Europas stellen. Trotz der oft bewundernswerten Anstrengung privater und öffentlicher Stellen sterben immer mehr Menschen in der Welt an Hunger. Auch wir Mitglieder dieser Versammlung dürfen dazu nicht schweigen, wenn wir nicht schuldig werden wollen. Wir dürfen aber beispielsweise auch nicht der Frage ausweichen, ob unser Kontinent noch das erfüllt, was die Menschheit an kulturellen Leistungen zu Recht von uns fordern kann. Die Welt erwartet gerade von Europa mit seiner alten Kultur, mit seinen wissenschaftlichen Traditionen eine Antwort auch auf die Frage beispielsweise, wie wir die schreckliche Gefahr bannen können, die daraus erwächst, daß der Mensch heute in der Lage ist, seine eigene Art zu manipulieren.

Dies alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Themen, die uns auch in den vergangenen Jahren schon beschäftigt haben und denen wir uns auch in der Zukunft mit Energie widmen müssen. Als Parlamentarische Versammlung sind wir das eine Organ des Europarats. Das Ministerkomitee ist das andere. Unsere Arbeit kann nur Erfolg haben, wenn wir sie nicht im Gegeneinander der beiden Organe, sondern in einer gedeihlichen Zusammenarbeit zu leisten versuchen. Ich werde mich daher aus Überzeugung um eine gute Zusammenarbeit, um ein Miteinander mit dem Ministerkomitee bemühen. Fortschritte in der politischen Zusammenarbeit in Europa sind — jedenfalls ist das meine Erfahrung — nicht in erster Linie das Ergebnis spektakulärer Gipfelkonferenzen, sondern Frucht geduldiger Arbeit und eines zähen Ringens um die Lösung vieler einzelner Probleme. Aus diesem Grunde sind auch für unsere Arbeit die Konferenzen der Fachminister von besonderem Wert. Viele von uns, viele Mitglieder dieser Versammlung nehmen mehr oder weniger regelmäßig an Ministerkonferenzen teil, und nicht wenige Beschlüsse der Minister gehen auf Initiativen unserer Versammlung zurück. Wir sollten diese Zusammenarbeit mit den **Fachministerkonferenzen** verstärken. Hier sind alle Ausschüsse unserer Versammlung gefordert. Es sollte künftig keine Ministerkonferenz in Europa mehr geben ohne eine Diskussion auch mit den Mitgliedern dieser Versammlung. Wir müssen unsere Minister davon überzeugen, daß sie Verantwortung nicht nur gegenüber ihren nationalen Parlamenten, sondern auch gegenüber den Abgeordneten Europas tragen, die in diesem Hause versammelt sind.

Wir sind nicht die einzige parlamentarische Versammlung, die in diesem Hause tagt und die für einen Teil Europas Verantwortung trägt. Die Zukunft Europas — hier greife ich ein Wort von Herrn de Areilza auf — ruht auf mehreren Säulen. Ich werde mich daher mit Nachdruck um gute Kontakte zum Europäischen Parlament bemühen, und

ich bin gewiß, daß der Präsident des Europäischen Parlaments, unser alter Kollege Piet Dankert, mir dabei entgegenkommen wird. Es geht nicht allein darum, Widersprüche und Doppelarbeit zu verhindern. Wir sollten uns auch über Prioritäten bei der Lösung der politischen Aufgaben Europas zu verständigen versuchen. Diese **Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament** könnte gefördert werden durch regelmäßiges Zusammentreffen der Vorsitzenden der Ausschüsse des Parlaments und unserer Parlamentarischen Versammlung, auch durch gemeinsame Ausschußsitzungen. Wir müssen die guten Kontakte, die der Europarat nach meinem Eindruck auf der Verwaltungsseite mit der Administration der Europäischen Gemeinschaften bereits seit langem pflegt, auch auf der parlamentarischen Ebene erweitern und vertiefen. Wir müssen uns die Verantwortung für die Arbeit in Europa teilen.

Sehr verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie haben heute zum erstenmal in der Geschichte des Europarats ein Mitglied der deutschen Delegation zum Präsidenten dieses Hauses gewählt. In diesen Tagen ist es 50 Jahre her, daß in Deutschland eine Diktatur aufgerichtet wurde, die Millionen von Europäern das Leben kostete und die unseren Kontinent an den Rand des Abgrunds gebracht hat. Wir deutschen Abgeordneten dieses Hauses haben uns seit 1951, als die erste deutsche Delegation Teil dieser Versammlung wurde, mit Herz und Verstand darum bemüht, die Gräben zuzuschütten, die zwischen unseren Völkern entstanden waren. Daß dies, so meine ich, gelungen ist, verdanken wir deutschen Mitglieder dieser Versammlung vor allem der Arbeit unserer Vorgänger, von denen ich nur Carlo Schmidt, Hans Furler und Karl Georg Pfeleiderer erwähnen möchte. In der Wahl eines deutschen Abgeordneten zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sehe ich auch eine Anerkennung für die Arbeit, die Deutsche in dieser Versammlung geleistet haben.

Und nun lassen Sie uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Arbeit der 35. Sitzungsperiode der Parlamentarischen Versammlung beginnen! Wir alle wissen, wie schwierig die Arbeit ist und wie unermesslich groß die Aufgaben, die vor uns stehen. Ich glaube, wir sind alle schon oft genug frustriert, unzufrieden und unglücklich von Straßburg wieder nach Hause gefahren. Aber wir sollten bei aller Enttäuschung, die uns oft überkommt, auch die Erfolge nicht verkennen, die der Europarat und die europäische Zusammenarbeit im ganzen bislang gebracht haben. Diejenigen unter uns, die wie ich noch die Schrecken des Zweiten Weltkrieges miterlebt haben, sehen diese Fortschritte gewiß deutlicher als unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen. Lassen wir uns daher auch von Rückschlägen und Enttäuschungen nicht entmutigen, und denken wir stets daran, daß auch politische Entscheidungen reifen wollen, wenn sie Bestand haben wollen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Reddemann (CDU/CSU): — Herr Präsident! Als Sprecher der Delegation der Bundesrepublik

Deutschland möchte ich Ihnen zu Ihrer Wahl im Namen aller Mitglieder der deutschen Delegation herzlich gratulieren.

Sie haben eine Aufgabe übernommen, von der wir alle wissen, wie wichtig sie ist. Sie haben diese Aufgabe nach der Amtsführung eines Mannes übernommen, der Maßstäbe gesetzt hat. Wir hoffen, erwarten und wünschen von Ihnen, daß sie den bereits eingeschlagenen Weg in entsprechender Weise fortsetzen.

Wir wünschen Ihnen das, was wir jedem unserer Repräsentanten im Parlament wünschen: eine glückliche Hand und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses und des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

(Dokument 5057)

Berichterstatter: Abg. Stoffelen

(Themen: Ausbau des Straßburger Plenarsaals für die Bedürfnisse des Europäischen Parlaments — Terminüberschneidungen interparlamentarischer Versammlungen im Herbst 1983 — Die Straßburger Konferenz über die Parlamentarische Demokratie vom 4. bis 6. Oktober 1983)

Abg. Freiherr Dr. Spies von Büllesheim beantragt, die Berichterstattung über das Problem des sauren Regens nicht dem Ausschuß für Raumordnung und Kommunalfragen, sondern dem Landwirtschaftsausschuß zu übertragen:

Fhr. Dr. Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich wegen des Berichtes der Ständigen Kommission zu Wort. Diese hat auf Seite 7 ihres Berichts die Berichterstattung über den sauren Regen nicht, wie vom Ausschuß für Landwirtschaft selbstverständlich erwartet, diesem Ausschuß, sondern dem Ausschuß für Planungs- und Kommunalfragen zugewiesen.

Meine Damen und Herren, der Ausschuß für Landwirtschaft, in dessen Namen ich hier spreche, möchte beantragen, daß ihm dieser Bericht zur Beratung überwiesen wird. Ich glaube, es bedarf keiner besonderen Begründung, daß das Problem des sauren Regens immer im Zusammenhang mit dem Stichwort Wald behandelt wird, und die Forstwirtschaft ist ein Bereich, der innerhalb dieser Hohen Versammlung seit Jahrzehnten im Ausschuß für Landwirtschaft behandelt worden ist.

Aber nicht nur die Forstwirtschaft, sondern, wie alle wissen, auch die Landwirtschaft ist durch den sauren Regen in besonderem Maße betroffen. Ich nenne nur das Stichwort Versäuerung unserer Böden. Schließlich ist, wie die Kollegen aus den nordi-

schen Ländern in unserem Ausschuß berichtet haben, auch die Fischerei betroffen, die wiederum zu diesem Ausschuß gehört.

Ich möchte darauf hinweisen, daß unser Ausschuß sich seit Monaten mit diesem Problem befaßt. Wir haben einen Schwermetall-Bericht erstellt, der gerade jüngst abgeschlossen worden ist. Wir sind dabei, einen Bericht über die Lage der Forstwirtschaft in Europa zu erstellen. Dabei hat sich erwiesen, daß die Frage des sauren Regens eine so große Bedeutung hat, daß wir uns entschlossen haben, sie aus dem allgemeinen Bericht über die Lage der Forstwirtschaft in Europa herauszulösen und zum Gegenstand eines besonderen Berichts zu machen. Erst nachdem der Landwirtschaftsausschuß sich darüber schlüssig geworden war, daß bei der Betrachtung der Forstwirtschaft Europas dieser Teilaspekt so wichtig sei, haben wir den Antrag vom 25. Januar an die Versammlung gerichtet. Ich glaube, er ist von Ihnen, Herr Präsident — ich darf Ihnen nochmals sehr herzliche Glückwünsche zu Ihrer Wahl sagen —, und einigen anderen Kollegen nur per Zufall an einen Ausschuß mit einer späteren Nummer verwiesen worden. Ich glaube, es hat nie eine Konkurrenzsituation zwischen diesen beiden Ausschüssen gegeben.

Ich darf berichten, daß wir schon vor Wochen alle Regierungen angeschrieben und ihnen einen Fragebogen mit Fragen über die durch den sauren Regen verursachten Schäden zugeschickt haben. Denn wir sind selbstverständlich davon ausgegangen, daß wir als Ausschuß für Landwirtschaft in dieser Frage federführend sein würden. Wir haben auch bereits — was noch kein anderer Ausschuß getan hat — einen Berichterstatter in dieser Frage gehabt, und Sie werden an Hand unserer Tagesordnungen sehen, daß wir uns bereits in drei Sitzungen mit dieser Frage befaßt haben.

Ich denke, nach diesen Darlegungen wird es allen verständlich sein, daß der Ausschuß für Landwirtschaft dieses Hauses den Antrag an den Vorstand stellt — ich glaube, das ist nach Art. 14 so zu behandeln — der Versammlung möglichst noch in dieser Sitzung einen Änderungsvorschlag zur Beschlußfassung vorzulegen, nach dem die Berichterstattung über den sauren Regen dem Ausschuß für Landwirtschaft übertragen wird. Darum möchten wir bitten, damit unsere Arbeit an dieser Frage keine Unterbrechung erleidet.

Vielen Dank!

Der Berichterstatter weist darauf hin, daß die Zuständigkeit für Umweltprobleme normalerweise bei dem Ausschuß für Kommunalfragen und Regionalplanung liegt.

Tagesordnungspunkt:

Erklärung des Generalsekretärs des Europarates

(Themen: Europäische Zusammenarbeit im Kulturbereich — Besuche der Staatsoberhäupter beim Eu-

roparat — Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament — Europafahne — häufigere Europäische Fachministerkonferenzen — die Straßburger Konferenz 1983)

Dienstag, 26. April 1983

Tagesordnungspunkt:

Entwicklung des internationalen Handels

(Dokument 5052)

Berichterstatter: Abg. Donzé

(Themen: Verschlechterung des internationalen Handels durch wachsenden Protektionismus — Das internationale Handelssystem und die Entwicklungsländer — Präferenzabkommen — diskriminierende Maßnahmen)

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Meine verehrten Kollegen! Der ausgezeichnete Bericht unseres Schweizer Kollegen Donzé gibt uns Gelegenheit, hier ein zentrales wirtschaftliches Problem zu diskutieren, das auch in Europa Sorgen bereitet, nämlich die Fragen des internationalen Handels.

Zeiten wirtschaftlicher Rezession, Zeiten großer Arbeitslosigkeit — der Präsident hat in seiner Eingangsrede gestern auf die erschreckenden Zahlen hingewiesen; es sind mehr als 20 Millionen Arbeitslose in Europa, in unseren Mitgliedsländern — bringen immer wieder solche Patentrezepte wie **Protektionismus** in die Diskussion. Dabei ist Protektionismus aber keine Lösung, sondern höchstens das Übertünchen von Problemen. Es ist unsere Aufgabe, den Nachweis zu führen, wie wir solche für unsere Wirtschaft schädlichen Folgen so gut wie möglich vermeiden können.

Nun ist es so, daß genügend Theorien vorliegen, die alle nachweisen, daß der **freie Handel** für die Wohlfahrt unserer Völker den besten Beitrag leistet, daß der freie Handel dazu führt, daß die volkswirtschaftlichen Ressourcen am besten eingesetzt werden. Es gibt historische Beispiele — von Ricardo mit seinem Tausch von Tuch und Wein zwischen England und Portugal bis zu modernen Tauschtheorien —, die nahezu alle nachweisen, daß der freie Handel für die Wohlfahrt einen ganz wesentlichen Beitrag leistet.

Dennoch bringt jeder der Kollegen hier sicherlich ein ganzes Repertoire an Beispielen zusammen, um den Nachweis zu führen, weshalb der freie Handel von den einen oder anderen — man kann hier auch die Länder nennen — mehr oder weniger verhindert wird. Jeder von uns hier kann Beispiele hinsichtlich Verzerrungen des Handels, nationaler Subventionen — versteckt oder offen — im Forschungsbereich oder im Steuerbereich, die den Handel nicht mehr vergleichbar machen, hinsichtlich nichttarifärer Handelshemmnisse, Dumping,

Zölle und Quotenregelungen anführen. Der Phantasie sind hier hinsichtlich all der Maßnahmen, die ergriffen werden und die den internationalen Handel in der Tat verzerren, überhaupt keine Grenzen gesetzt.

Aber die Frage ist ja: Wollen wir in einen internationalen Wettlauf mit solchen Tricks eintreten, um den Handel zu reduzieren, oder wollen wir in einen Wettlauf eintreten, um den freien Handel durchgängiger zu machen, um ihn in besserem Maße zu ermöglichen?

Ich glaube, der Bericht des Kollegen Donzé macht deutlich, daß ein **Abbau der Verzerrungen** der richtige Weg ist und daß wir in Europa diesen Weg einschlagen sollten. Auch all die Gespräche, die wir im Rahmen des GATT in Genf oder der UNCTAD geführt haben, haben gezeigt, daß es die richtige Richtung ist, die Zölle und die Quoten und die anderen Hindernisse abzubauen, um auf diese Weise mehr Wohlstand auf dieser Welt zu erreichen.

Als Vertreter einer Stadt, in der Friedrich List geboren ist, der die Schutzzolltheorie begründete, sollte ich dazusagen, daß die Schutzzölle, die für die Länder der Dritten Welt sicherlich wichtig sind, keine permanenten Schutzzölle sein sollten, sondern zeitlich begrenzte Schutzzölle zum Aufbau einer Wirtschaft, die auch wieder aufgebaut werden müssen und sich an mehr internationalem Wettbewerb ausrichten müssen.

Meine lieben Kollegen, wir alle haben historische Erfahrungen gemacht. Wir kennen die Ergebnisse der Weltwirtschaftskrise, die u. a. auch in der Mischung von Deflationswettlauf und Protektionismus bestanden. Wir sollten unsere historische Lektion hier mit einbringen und nicht mehr in die alten Fehler verfallen. Wir sollten uns bewußt sein, daß wir auf der einen Seite für die Demokratie sind, weil sie die größtmöglichen Freiheitsrechte des einzelnen in der Politik bringt. Auf der anderen Seite ist es die Marktwirtschaft, die dem einzelnen, ob Konsument oder Produzent, die größtmöglichen wirtschaftlichen Freiheitsrechte bringt. Diese Marktwirtschaft hat eine internationale Dimension, und diese internationale Dimension ist der internationale Handel.

Wir sollten uns bewußt sein, daß wir mit einem klaren Bekenntnis zum internationalen Handel und zu der Bereitschaft, Hindernisse abzubauen, einen Beitrag dazu leisten, den Wohlstand in Europa zu heben. Jeder von uns sollte in seinem Parlament, in seinem Bereich, wo er wirtschaftspolitisch Einfluß nehmen kann, mit dazu beitragen, daß Europa ein gutes Beispiel ist und nicht in einen protektionistischen Wettlauf eintritt. — Herzlichen Dank.

Entschließung 796 (1983)

betr. die Entwicklung des internationalen Handels

Die Versammlung

1. nimmt Bezug auf den Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung über die

Entwicklung des internationalen Handels (Dok. 5052);

2. stellt fest, daß das internationale Handelsvolumen 1981 stagnierte und 1982 abgenommen hat;
3. vertritt die Ansicht, daß diese Situation vor allem auf die Zunahme der nichttarifären Handelshemmnisse zurückzuführen ist, und daß das internationale Handelssystem trotz der Appelle seitens der OECD und im Rahmen des GATT eine Tendenz zu weniger Freizügigkeit und verstärktem Protektionismus aufweist;
4. begrüßt die Bemühungen im Rahmen des GATT um eine Liberalisierung des Welthandels, bedauert jedoch, daß ein wichtiger Teil dieses Handels, insbesondere der Handel innerhalb einer Unternehmensgruppe und der Handel in bestimmten Bereichen wie etwa Landwirtschaft und Dienstleistungen, im Allgemeinen Abkommen praktisch nicht erfaßt wird;
5. vermerkt, daß das internationale Handelssystem sich immer mehr zu einem System sektoraler und bilateraler Vereinbarungen entwickelt und daß die GATT-Bestimmungen häufig zum Schaden der Entwicklungsländer außer acht gelassen werden;
6. erinnert daran, daß die Entwicklungsländer in den siebziger Jahren die stärkste Antriebskraft im Welthandel waren;
7. stellt fest, daß die Einfuhren der Länder des OECD-Entwicklungshilfesausschusses aus der Dritten Welt derzeit nur einen sehr geringen Teil ihres Gesamtverbrauchs an Fertigwaren ausmachen, und daß andererseits die Entwicklungsländer einen wichtigen Markt für die Produkte aus den Industriestaaten darstellen;
8. bedauert die Tatsache, daß die Tendenz zur Spaltung der Länder der Welt in zwei Gruppen besteht: einerseits die Industriestaaten, die mit den schwerwiegenden Problemen der Arbeitslosigkeit und unausgelasteten Produktionskapazitäten konfrontiert werden, und auf der anderen Seite die Entwicklungsländer, die zwar potentielle Abnehmer der Produkte der Industriestaaten sind, aber aufgrund ihrer hohen Schuldenlast, der Verschlechterung ihrer Handelsbedingungen und des Rückgangs der öffentlichen Entwicklungshilfe nicht über die notwendige Kaufkraft verfügen;
9. stellt fest, daß protektionistische Maßnahmen in einigen Fällen — z. B. Beschäftigungskrise, schwerwiegendes Zahlungsbilanzdefizit, Schutz neuentwickelter Industrien — notwendig erscheinen können, daß sie aber nur gerechtfertigt sind, wenn sie vorübergehender Art und nicht diskriminierend sind und von entsprechenden industriellen Umstrukturierungsmaßnahmen begleitet werden;
10. ist jedoch überzeugt, daß der Protektionismus langfristig zu einer Lähmung der Wirtschaft,

zur Senkung des Lebensstandards und zu internationalen Spannungen führt;

11. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf:

A. Im Hinblick auf ihre Wirtschaftspolitik

- i. sich um die Durchführung einer konzentrierten Politik im Hinblick auf eine inflationsfreie und arbeitsplatzschaffende Wirtschaftsbelebung zu bemühen, die die protektionistischen Tendenzen bremsen und die Expansion der internationalen Handelsbeziehungen fördern könnte;

B. Im Hinblick auf ihre Handelspolitik

- i. die Prinzipien der Mehrseitigkeit, der Nichtdiskriminierung und der Transparenz bei der Definition ihrer internationalen Handelspolitik zu verwirklichen, jedoch den Entwicklungsländern eine Präferenzbehandlung auf der Grundlage der Prinzipien der zuständigen internationalen Organisationen zu gewähren;
- ii. auf nationaler Ebene unabhängige Organe zu schaffen, in denen Sozialpartner und Verbraucher gemeinsam vertreten sind und deren Aufgabe darin bestehen würde, die wirtschaftlichen Ursachen der Probleme zu ergründen, mit denen die nach Protektion verlangenden Unternehmen konfrontiert werden; die Notwendigkeit dieser Protektion im Lichte der wirtschaftlichen Zwänge und der multilateralen Verpflichtungen zu bewerten und gegebenenfalls Lösungen zu empfehlen, die auf internationaler Ebene annehmbar wären;
- iii. einseitige Maßnahmen zu vermeiden, die sich zum Schaden ihrer Handelspartner auswirken könnten, insbesondere diskriminierende Maßnahmen im Hinblick auf die Entwicklungsländer;
- iv. falls eine gewisse Protektion unerlässlich erscheint, eine zeitliche Begrenzung der Maßnahmen vorzusehen sowie strukturelle Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, die die Einhaltung solcher Fristen ermöglichen und sich darum zu bemühen, daß die Exporte der Dritten Welt davon nicht berührt werden;
- v. regelmäßig einen statistischen Überblick über alle protektionistischen Maßnahmen zu geben, die zugunsten der Industrie, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen ergriffen werden, und ihre Auswirkungen auf die anderen Erzeuger, die Verbraucher und die Entwicklungsländer festzustellen;
- vi. strukturelle Anpassungspolitiken zu verfolgen, die unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktp Probleme, die international nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen ermutigen sollten, ihre Produk-

tionsverfahren allmählich zu rationalisieren oder ihre Produktion umzustellen, wobei die Unterstützung von Unternehmen, die weiter in Bereichen tätig sein wollen, in denen die Entwicklungsländer einen vergleichswiseilen Vorteil haben, auf ein striktes Minimum beschränkt werden sollte;

- vii. im Rahmen der OECD, des GATT, der UNCTAD und anderer zuständiger Institutionen regelmäßig umfangreiche Konsultationen über die strukturellen Anpassungspolitiken und die unterschiedlichen nationalen Zielsetzungen im Hinblick auf Produktion, Technologie und Investitionen durchzuführen und dabei die Ziele der Entwicklung und des Handels der Entwicklungsländer zu berücksichtigen;

C. Im Hinblick auf ihre Politik gegenüber den Entwicklungsländern

- i. die Entwicklung der Handelsbeziehungen zu diesen Ländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten, zu fördern, und die Anwendung von diskriminierenden Maßnahmen gegenüber diesen Ländern (Bevorzugung nichttarifärer Maßnahmen gegenüber Zolltarifen, Abweichung vom vorbehaltlosen Charakter der Meistbegünstigungsklausel, Reziprozität, Überwachung, Staffelung usw.);
- ii. ihre Präferenzschemata im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems zu harmonisieren und nichttarifäre Maßnahmen und Agrarprodukte in diese Schemata aufzunehmen, deren Zuverlässigkeit erhöht werden sollte;
- iii. die Anwendung der im Abkommen von Lomé enthaltenen Ursprungsbestimmung flexibler zu gestalten;
- iv. sich darum zu bemühen, sicherere Absatzmöglichkeiten und annehmbarere Preise für die Exporte der Entwicklungsländer zu gewährleisten und die Möglichkeit zu untersuchen, diesen Ländern die Einnahmen aus den auf ihre Exporte erhobenen Steuern zurückzuerstatten;
- v. den Entwicklungsländern technische Hilfe zu leisten, damit sie in der Lage sind, die GATT-Bestimmungen, insbesondere im Hinblick auf die Beilegung von Streitigkeiten, besser zu nutzen;
- vi. sofern dies noch nicht geschehen ist, das Abkommen über die Einsetzung eines gemeinsamen Rohstofffonds zu ratifizieren;

12. fordert GATT auf:

- i. die Arbeiten in bezug auf die Einbeziehung der Agrarprodukte, Dienstleistungen und nichttarifären Maßnahmen in das Allgemeine Abkommen zu beschleunigen;

- ii. den Begriff „schwere Störungen des Marktes“ genauer zu definieren und im Hinblick auf Artikel XIX des Allgemeinen Abkommens (Schutzmaßnahmen) und die Verhaltenskodexe das Importland zu verpflichten, falls ihm Nachteile entstehen, dafür Beweise zu erbringen;
- iii. die Zusammenarbeit mit der UNCTAD und den anderen zuständigen internationalen Einrichtungen weiterzuentwickeln, um:
 - a) die Auswirkung der derzeitigen Entwicklung des internationalen Handels auf die Entwicklungsländer zu analysieren und gegebenenfalls zu verringern und an die Regierungen Empfehlungen über eine bessere internationale Arbeitsteilung zu richten;
 - b) einen Mechanismus für eine strengere multilaterale Überwachung der Antidumping- und Abwehrmaßnahmen und der Abkommen über „freiwillige“ Exportbeschränkungen einzurichten.

Tagesordnungspunkt:

Information und Konsultierung der Arbeitnehmer in multinationalen und nationalen Unternehmen mit komplexen Strukturen

(Dokument 4918)

Berichterstatter: Abg. Reinhart

(Themen: Definition des Informations- und Konsultationsbereichs — bisherige Initiativen im Rahmen der OECD, ILO und EG)

(Abstimmung über den auf der Januartagung vorgelegten Empfehlungsentwurf)

Empfehlung 965

betr. Information und Konsultierung der Arbeitnehmer in multinationalen und nationalen Unternehmen mit komplexen Strukturen

Die Versammlung,

- 1. berücksichtigt, daß die Zahl der multinationalen Unternehmen in Europa ebenso wie ihre wirtschaftliche Macht zunimmt;
- 2. stellt fest, daß bestimmte nationale Unternehmen zwar ihren Sitz nur in einem einzigen Land haben, jedoch über komplexe Strukturen verfügen, wodurch sie multinationalen Unternehmen ähnlicher sind als Unternehmen, die aus einer einzigen Einheit bestehen;
- 3. vertritt die Auffassung, daß die Komplexität der Strukturen solcher Unternehmen, für die Muttergesellschaften und geographisch weit entfernt liegende Entscheidungszentren charakteristisch sind, die Notwendigkeit einer Ausgewogenheit zwischen den Erfordernissen

einer guten Unternehmensleitung und den legitimen Interessen der Arbeitnehmer zeigt;

- 4. ist überzeugt, daß das Recht der Arbeitnehmer, über die Aktivitäten ihres Unternehmens informiert und, in bestimmten Fällen, konsultiert zu werden, ein wesentliches Merkmal der betrieblichen Mitbestimmung darstellt;
- 5. ist ferner überzeugt, daß das Informations- und Konsultierungsverfahren keine Bedrohung der Entscheidungsgewalt der Geschäftsführung darstellt, sondern, im Gegenteil, die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern verbessern kann, indem ein Klima gegenseitigen Vertrauens geschaffen wird;
- 6. ist der Auffassung, daß es aufgrund der komplexen Struktur der multinationalen Unternehmen nicht immer möglich ist, daß alle Beschäftigten in den verschiedenen Betrieben solcher Unternehmen die gleichen Rechte in bezug auf Information und Konsultierung genießen können;
- 7. ist daher der Meinung, daß es wünschenswert wäre, in den Mitgliedstaaten eine Reihe von Bestimmungen einzuführen, um erstens einen besseren Schutz der Arbeitnehmerinteressen zu gewährleisten und zweitens die Disparitäten, die den freien Wettbewerb und die freie Marktwirtschaft auf europäischer Ebene beeinträchtigen könnten, zu verringern;
- 8. nimmt in diesem Zusammenhang den Antrag auf eine Richtlinie über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer von Unternehmen mit komplexer, insbesondere transnationaler Struktur, den die Kommission dem Rat der Europäischen Gemeinschaften am 24. Oktober 1980 vorlegte, sowie die Beratungen im Europäischen Parlament zur Kenntnis;
- 9. unterstreicht die Bedeutung einer Ausweitung dieser Gemeinschaftsinitiative auf alle Mitgliedstaaten des Europarats;
- 10. ist sich jedoch bewußt, daß alle Bestimmungen in den europäischen Ländern die besondere Lage derjenigen Unternehmen berücksichtigen müssen, die ihren Sitz außerhalb Europas haben, und zwar indem deren europäische Tochterunternehmen verpflichtet werden, den Anforderungen der Gesetzgebung im Hinblick auf die Information und Konsultierung der Arbeitnehmer voll zu entsprechen;
- 11. erinnert an ihre Entschlieung 639 (1976), in der sie an die multinationalen Unternehmen appelliert, sich an die vom OECD-Rat 1976 angenommenen Richtlinien sowie an die „Dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen- und Sozialpolitik“ zu halten, die 1977 vom Exekutivrat der ILO angenommen wurde;
- 12. empfiehlt dem Ministerkomitee, für die Mitgliedstaaten ein geeignetes Rechtsinstrument zu erarbeiten, das den Arbeitnehmern in multinationalen oder nationalen Unternehmen mit

komplexen Strukturen das Recht, informiert und konsultiert zu werden, garantiert, wobei folgende Grundsätze sowie der Richtlinienentwurf, der dem Rat der Europäischen Gemeinschaften unterbreitet wird, zu berücksichtigen sind:

I. Die Information muß regelmäßig sowie bei allen außergewöhnlichen Umständen erfolgen. Sie muß detailliert und verständlich sein und insbesondere folgende Aspekte umfassen:

A. Allgemeine Informationen

- i. Strukturen und Personalbestand des Unternehmens, Gliederung nach geographischen Regionen (organisatorische Struktur, Besitzstruktur, Wirtschaftsstruktur etc.);
- ii. wirtschaftliche und finanzielle Lage;
- iii. Umsatz-, Produktions- und Verkaufsentwicklung;

B. Besondere Informationen

- i. Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Bezahlung, neue Fertigungs- oder Arbeitsmethoden, Urlaubsregelung, Sicherheit, Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer);
- ii. Beschäftigung (Berufsausbildung, Kündigungs- und Entlassungsbestimmungen, Versetzung von Personal, Verlagerung des Produktionsstandortes oder des Geschäftssitzes, Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen, Personalentwicklung oder -planung);
- iii. Sozialer Schutz (Sozialversicherung, Altersversorgung);
- iv. Bilanz, Einnahmen und Ausgaben;
- v. Investitionsprogramme;
- vi. Rationalisierung, Einführung neuer Technologien, Forschungsprogramme;
- vii. Unternehmenszusammenschlüsse, Verkäufe, Änderung der Unternehmensform, völlige oder teilweise Schließung von Unternehmen oder Geschäftszweigen, Änderung des Unternehmenszwecks;
- viii. alle anderen Pläne, die sich in hohem Maße auf die Interessen der Arbeitnehmer auswirken können.

II. Konsultierungen müssen rechtzeitig unter Teilnahme von Vertretern des betreffenden Unternehmens oder der Muttergesellschaft stattfinden. Konsultierungen müssen immer dann durchgeführt werden, wenn eine in Erwägung gezogene Entscheidung ernste Auswirkungen auf die Beschäftigungslage oder die Arbeitsbedin-

gungen haben kann. Sie dürfen kein Ersatz für Tarifverhandlungen sein und müssen insbesondere zum Gegenstand haben:

- i. Schließung oder Verlegung eines Betriebes oder wichtiger Betriebsteile;
- ii. Einschränkungen, Erweiterungen und wichtige Veränderungen im Unternehmensbereich;
- iii. wesentliche Veränderungen in der Arbeitsorganisation oder in der Unternehmensleitung;
- iv. Aufnahme oder Einstellung einer langfristigen Zusammenarbeit mit anderen Firmen;
- v. Einführung neuer Technologien oder Rationalisierungs- oder Automatisierungsmaßnahmen.

III. Die Mitgliedstaaten sollten angemessene Sanktionen für den Fall vorsehen, daß die Verantwortlichen in den multinationalen und nationalen Unternehmen mit komplexen Strukturen ihrer Informations- und Konsultierungspflicht nicht nachkommen.

IV. Die beiden am Informations- und Konsultierungsverfahren beteiligten Seiten müssen sich verpflichten, den vertraulichen Charakter aller Informationen, deren Bekanntgabe die Wettbewerbsfähigkeit oder den Ruf der Firma beeinträchtigen könnte, zu achten.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten in bezug auf die Vertraulichkeit bestimmter Informationen sowie die Verletzung der Geheimhaltung wird in jedem Land eine unabhängige Instanz eingerichtet.

V. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen muß geschützt werden.

Tagesordnungspunkt

Verbleib des Dioxins aus Seveso

(Dokument 5060)

Berichterstatte: Abg. Frau Hubinek

(Themen: Weigerung von Firmen, Auskünfte über den Verbleib von toxischen und gefährlichen Stoffen zu geben — Unterstützung der Entschließung des EP vom 14. April 1983 — Forderung eines europäischen Rechtsinstruments zur Kontrolle der Endlagerung toxischer Stoffe — Aufforderung, die Parlamentarische Aufklärung über die Verwendung radioaktiver Abfälle im November 1983 auf toxische Stoffe auszudehnen)

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ich darf zuerst der Berichterstatte, Frau Hubinek, ein Kompliment machen, daß es gelungen ist, in dieser kurzen Zeit in dieser Versammlung zu dem Thema so konkret Stellung zu nehmen. Ich freue mich aber auch, daß die Parlamentarische

Versammlung des Europarates den Umweltproblemen diesen hohen Stellenwert gibt, der in dieser Dringlichkeitsdebatte zum Ausdruck kommt. Für mich ist diese Debatte keine parlamentarische Pflichtübung. Ich hoffe, daß diese Debatte auch beweist, daß wir in der Lage sind, auf aktuelle Probleme einzugehen, die die Bürger draußen beschäftigen, und daß wir nicht Monate hinterherhinken und dann mit diplomatischen Formulierungen Themen aufgreifen, die eigentlich dringende Aktionen verlangen.

Ich sehe auch überhaupt nicht die Gefahr der Doppelarbeit bei dem, was wir hier machen. Denn die Dioxin-Frage oder das **Seveso-Problem** ist ja nur die **Spitze eines Eisbergs**, eines Umweltproblems, das in den nationalen Parlamenten, im Europäischen Parlament und im Europarat vertieft diskutiert gehört. Es gibt solche Fragen auf regionaler Ebene, auf nationaler Ebene, grenzüberschreitend innerhalb der EG-Länder, aber auch grenzüberschreitend innerhalb aller 21 Europarats-Länder. Ich würde sogar sagen: Es gibt noch weitere Schlupflöcher; es gibt natürlich auch außerhalb unserer Mitgliedstaaten Möglichkeiten, Giftmüll abzulagern, insbesondere auch die Möglichkeit, die Weltmeere mit in Anspruch zu nehmen.

Aber dies sollte für uns kein Anlaß sein, zu warten, bis wir uns weltweit zu irgendwelchen Übereinkommen zusammenfinden. Natürlich wäre eine weltweite Harmonisierung das Ideale, und natürlich wären die UN der richtige Rahmen, um die Umweltspielregeln zu definieren. Aber wir können nicht warten, bis das langsamste Schiff die Ziellinie erreicht. Hier gibt es ganz drängende Fragen, und jetzt kommt es darauf an, daß sich Europa zumindest im Kern der 21 Mitgliedsländer einig ist, den Umweltfragen mehr Gewicht zu geben. Insofern sehe ich eine Herausforderung für den Europarat, daß wir europäisch handeln und die Erkenntnisse in unsere nationalen Parlamente rückkoppeln.

Wir sind uns bewußt, daß es einen Unterschied im Umweltbewußtsein zwischen Norwegen, Schweden im Norden und Italien oder Malta im Süden gibt. Vielleicht kann man vereinfacht sagen: Es ist ein **Nord-Süd-Gefälle im Umweltbewußtsein**. Vielleicht ist gerade diese Debatte hier geeignet, mehr Konsens zu schaffen, daß wir alle in Sachen Umweltbewußtsein von den Skandinavien lernen können. Ich gehöre als Deutscher genauso dazu, wenn ich dies sage.

Lassen Sie mich hier eines ganz deutlich herausheben: Jeder Schritt vorwärts, ob national oder in einem kleineren Verbund, ist ein Schritt, der notwendig ist. Wenn wir es schaffen, national Regeln für den Verbleib giftiger Abfälle zu finden, Regeln für den Transport und die Lagerung giftiger Abfälle, dann ist in einer kleinen Region schon ein Schritt vorwärts getan. Das müßte der nächste Schritt sein, den wir in unseren nationalen Parlamenten anregen sollten.

Ich sehe in dieser Dioxin- oder Seveso-Debatte aber auch einen Ansatz, der unser marktwirtschaftliches System betrifft. Wir müssen nämlich den Nachweis

führen, daß Marktwirtschaft mit Umweltproblemen fertig wird, und daß wir nicht andere, zentralistische Systeme brauchen, um solche Probleme zu bewältigen. Ich hatte Mitte der 70er Jahre die ehrenvolle Aufgabe, Berichterstatter in der Frage des Verursacherprinzips zu sein. Für mich geht es bei den Erkenntnissen von Seveso auch um ordnungspolitische Probleme.

Wir müssen es als selbstverständlich empfinden und draußen auch vertreten, daß die Folgeprobleme der Produktion in den Preis mit eingehen. Produkte sind nicht nur das, was nachher verkauft wird, sondern auch das, was zum Schluß übrigbleibt und als Abfall ordentlich zu beseitigen ist. Insofern finde ich, daß wir in dieser Diskussion als marktwirtschaftlich engagierte Politiker darauf zu drängen haben, daß das **Verursacherprinzip** ernsthafter verfolgt wird.

Lassen Sie mich ein ganz offenes Wort zu dem Boykottaufruf gegenüber der Firma Hoffmann-La Roche sagen: — ich sehe das nicht als eine Spitze gegen eine Firma; das könnte genauso gut eine deutsche Firma oder eine Firma aus irgendeinem anderen Land sein. Ich sehe dies auch nicht als eine Spitze gegenüber der Schweiz; das wäre wirklich falsch. Die Deutschen sind in die Affäre genauso mit einbezogen, ich sehe das also nicht aus nationaler Sicht —: Die Boykottaufrufung kann ein Element des Verursacherprinzips sein: Wenn nämlich die Schäden aus solchen Boykottaufrufen größer werden als die Kosten der ordnungsmäßigen Beseitigung, dann wird sich das eine oder andere Unternehmen überlegen, ob es nicht doch billiger ist, umweltfreundliche Beseitigung zu betreiben, als nachher von den Bürgern wegen solcher Umweltskandale angeklagt zu werden. Hierin sehe ich den Zusammenhang mit dem Verursacherprinzip. Deshalb sollte man sich da — egal, ob es nun zufällig die eine oder andere Firma betrifft — nicht zu sehr aufregen. Meinem Freund John Osborn würde ich sagen, wir sollten alle Namen drin lassen; es kann jeden von uns treffen. Diesmal sind es die Schweizer, ein anderes Mal vielleicht die Deutschen oder die Briten. Auf jeden Fall liegt in dieser aggressiven Art, in der wir gegen diese Firmen vorgehen, ein Angriff, der notwendig ist, um wirklich Abhilfe zu schaffen.

Verehrte Kollegen, lassen Sie mich zum Schluß kommen: Die Liberale Fraktion hat dieses Thema ausführlich behandelt. Wir wollten nicht nur eine Resolution, sondern wir wollten auch Aktionen sehen. In Ziffer 11 des Resolutionsentwurfs wird vorgeschlagen, daß man dieses Thema in dem Hearing mitbehandelt. Ich halte es für richtig, daß zur Vorbereitung des Hearings schon jetzt eine Enquete-Kommission eingesetzt wird, die dann im Hearing ihre Ergebnisse präsentieren kann. Denn nur wenn Substanz da ist, hat das Hearing im November Sinn. Nur wenn wir Ergebnisse haben, können wir in unseren Bericht im Januar mehr hineinschreiben als das, was wir in allen Zeitungen schon heute lesen können. Aus diesem Grunde würde ich sehr dringend vorschlagen, daß wir für das Hearing im November nicht nur eine theoretische Diskussion

vorbereiten, sondern daß auch alle Regierungen der Mitgliedstaaten dabei behilflich sein sollten, daß zur Vorbereitung des Hearings eine Enquete-Kommission eingesetzt wird, die sehr gründlich recherchieren kann und deren Ergebnisse dann in dem Hearing diskutiert werden.

In der Hoffnung, daß dieser Vorschlag Ihre Zustimmung findet und im Rahmen unserer Statuten auch verwirklicht werden kann, würde ich mich sehr freuen, wenn Sie meine Mahnung ernstnehmen und der Europarat, der sich hinsichtlich des Umweltschutzes viele Verdienste erworben hat, uns auch in dieser Sache einen Schritt vorwärtsbringen könnte. Danke schön.

Rösch (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ohne Frage diskutieren wir hier über ein europäisches Thema, und ohne Frage ist es ausgeschlossen, daß Abgeordnete hier ihre nationalen Firmen verteidigen oder zu vertuschen versuchen, was da passiert ist. Die multinationalen Unternehmen in Europa sind multinational, also europäisch organisiert, stehen aber Einzelstaaten gegenüber. Die Folge ist, daß sich diese Unternehmen, in welchem Land auch immer sie ihren Hauptsitz haben, bei der Lösung ihrer Probleme jeweils das Land in Europa aussuchen, in dem diese Lösung am leichtesten ist, und versuchen, durch die bestehenden Lücken hindurchzuschlüpfen.

Der europäische Gedanke macht es erforderlich, daß multinationale Unternehmen — die sicher notwendig sind — einer **multinationalen Kontrolle** unterworfen werden. Denn wenn wir es zulassen, daß das gesamteuropäische Interesse in nationale Interessen aufgeteilt wird, können wir das Interesse unserer Wähler nicht in gebührender Weise vertreten.

Meine Damen und Herren, wir wollen hier nichts verdecken. Was ist in Seveso passiert? Sie alle haben die Bilder noch vor Augen. Nach dieser furchterlichen Katastrophe in Italien hätte man doch erwartet, daß diejenigen, die dieses Gift produziert hatten, wenigstens bei der Beseitigung des Mülls seriös vorgehen würden. Wenn man daran denkt, was den Menschen dort geschehen ist, welche Krankheiten das Gift ausgelöst hat, sollte man doch annehmen, daß die Verursacher versuchen, den Schaden gutzumachen und darauf achten, daß kein weiterer Schaden entsteht. Statt dessen werden jedoch Nacht- und Nebelverträge geschlossen, statt dessen wird auf geheimen Wegen, die niemand kennt, irgendwo durch Europa ein Gift transportiert, das bei einem Unfall die gleiche Katastrophe hervorrufen kann, die in Seveso passiert ist.

Hier kann und hier darf ein Gremium wie der Europarat nicht schweigen. Wir dürfen uns hier aber auch nicht mit lahmten, halbherzigen Formulierungen zufriedengeben und so tun, als wenn das nicht passiert wäre. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als wenn wir angesichts dessen, was geschehen ist, ganz schnell etwas möglichst Grundsätzliches dazu sagen müßten, je breiter desto besser. Je weiter man von dem, was passiert ist, ent-

fernt ist, desto leichter fällt es, zuzustimmen. Ich glaube nicht, daß der Konsens auf diese Weise zustande kommen sollte. So sollte sich ein Parlament wie dieses nicht einigen.

In allen Mitgliedstaaten des Europarats werden Krankheitskosten und Kosten für Medikamente aus Mitteln der Krankenversicherungen und aus Umlagen aller Bürger, aus Steuermitteln, finanziert. Ich nehme Medikamente im Vertrauen darauf, daß derjenige, der sie produziert, bei der Produktion die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und den letzten Stand der Technik beachtet, und ich vertraue darauf, daß er seriös ist. Ich nehme diese Produkte, empfehle sie als Arzt anderen und muß dann feststellen, daß bei der Beseitigung dieses Gifts eine weltberühmte Pharma-Firma, zu deren Produkten ich Vertrauen hatte, sich wie eine Hinterhofkutsche benimmt. Wie kann ich zu einer solchen Firma Vertrauen haben?

All dies, meine Damen und Herren, wäre kein Thema für dieses Gremium, wenn es sich nur um eine Firma handelte, die es nur in einem Land gäbe. Wir können jedoch annehmen, daß es sich bei dem, was da passiert ist, nur um die Spitze eines Eisbergs handelt, daß es durch Zufall die Firma Hoffmann-La Roche und die Firma Mannesmann Italiana getroffen hat und daß es — wie ich behaupte — sehr viele Pharma-Produzenten hätte treffen können. Denn wer sich etwas näher mit dem Thema beschäftigt, der weiß von dem grauen Markt der Müll- und Giftbeseitigung und der weiß, daß diese Unternehmen das Zeug lieber verscharren und ins Meer werfen, als den Preis für die Vernichtung, die technisch möglich ist, zu bezahlen.

Wir sollten im Zusammenhang mit dem Gift, über das wir hier sprechen, nicht den Eindruck erwecken, als wäre die Vernichtung dieses Gifts ein technisches Problem. Sie ist ein Kostenproblem und kein technisches Problem.

Deshalb hat der Antrag, über den wir hier zu befinden haben, im Grunde zwei Aspekte. Der eine Aspekt ist prinzipieller Natur: Das gilt auch für andere. Der zweite Aspekt betrifft das, was hier konkret passiert ist. Aus diesem Grunde hat der Kollege Vohrer glaube ich, recht, wenn er sich dagegen wendet, daß das, was die sehr geschätzte Kollegin Hubinek beantragt hat, auf einen Anhang an eine Anhörung reduziert wird, die sich auf den radioaktiven Müll bezieht und die schon beschlossen worden ist. Das hat beides überhaupt nichts miteinander zu tun.

Vielmehr haben wir hier zwei Aufgaben. Zunächst haben wir unseren Beitrag zur Aufklärung dieses konkreten Falls zu leisten. Zweitens haben wir das Unsere dazu zu tun, daß unsere nationalen Gesetze und Verordnungen so entwickelt werden, daß auf diesem Gebiet nicht das eine Land gegen das andere Land ausgespielt werden kann, weil die Bedingungen in dem einen Land weicher, in dem anderen aber härter sind.

Meiner Ansicht nach sollte der Antrag von Frau Hubinek bezüglich unseres Beitrages zur Aufklä-

rung dessen, was hier passiert ist, präzisiert werden.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, dieses Thema aber nicht mit Samthandschuhen anfassen! Wir sollten es nicht zulassen, daß es möglich ist, daß der Sprecher der Firma Hoffmann-La Roche im schweizerischen Fernsehen — nachher im Deutschen Fernsehen in der Tagesschau übertragen — sagt: Eines ist ganz sicher: Die Leute können sehr beruhigt sein; das Gift lagert weder in Italien noch in der Schweiz, weil das vertraglich ausgeschlossen ist. — Meine Damen und Herren, heute lagert das Gift in Deutschland, da können sich die Schweizer freuen, daß es nicht bei ihnen lagert; morgen lagert derartige Müll in Frankreich, da können sich dann die Italiener freuen, daß es nicht bei ihnen lagert; übermorgen lagert das Gift in England, und dann freuen sich die Iren. Ich frage Sie: Wollen wir zulassen, daß die Gefahr einer Vergiftung, wie wir sie in Seveso erlebt haben, nur deshalb möglich wird, weil wir nicht Manns genug sind, uns gegen multinationale Unternehmen zur Wehr zu setzen?

Ich bedanke mich.

Entschließung 797 (1983)

betr. den Verbleib des Dioxins aus Seveso

Die Versammlung

1. erinnert an die Katastrophe von Seveso, wo im Jahre 1976 ein Teil der Bevölkerung dieser Stadt sowie ihre Umgebung durch Giftstoffe Schäden erlitten hat;
2. stellt fest, daß die Unternehmen HOFFMANN-LAROCHE und MANNESMANN-ITALIANA und ihre Vertragsfirmen nicht bereit sind, Informationen über den Ort zu erteilen, zu dem die 41 Fässer mit dioxinverseuchten Abfallstoffen der Firma ICMESA, die für den Vorfall in Seveso verantwortlich ist, transportiert wurden und wo sie gelagert sind;
3. ist darüber bestürzt, daß 41 Fässer mit gefährlichem Inhalt ohne jede ernsthafte Kontrolle oder Behinderung in mehreren Mitgliedstaaten befördert werden konnten;
4. vertritt die Ansicht, daß es bei der derzeitigen Industrieproduktion in mehreren Bereichen Abfallstoffe gibt, die für die Bevölkerung und Umwelt gefährlich sind;
5. ist darüber besorgt, daß es in einigen Ländern an wirksamen Bestimmungen und Vorschriften über den Transport und den Verbleib gefährlicher Abfallstoffe einschließlich radioaktiver Abfälle mangelt, obwohl die grenzüberschreitenden Transporte und die Verbringung solcher Stoffe in das Meer in den letzten zehn Jahren zugenommen haben und dadurch Gefahren für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit entstehen;
6. vertritt die Ansicht, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, um sicherzustellen, daß die Art der zu lagernden Abfallstoffe bekannt ist, und daß die bestehenden Bestimmungen und Vorschriften über den Transport und den Verbleib gefährlicher Abfallstoffe strikt angewandt werden müssen;
7. erinnert an die diesbezügliche Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. April 1983;
8. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten und die beteiligten Unternehmen dringend auf, gemeinsam Dringlichkeitsmaßnahmen zu ergreifen, um die 41 Dioxin-Fässer ausfindig zu machen und entsprechend den Sicherheitsvorschriften zu lagern;
9. besteht darauf, daß die europäische Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Untersuchung voll informiert wird;
10. bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß das Ministerkomitee unverzüglich ein Rechtsinstrument ausarbeiten wird, das die Kontrolle der endgültigen Lagerung von toxischen Substanzen und gefährlichen Abfallstoffen in den Mitgliedstaaten sowie mögliche grenzüberschreitende Transporte regelt;
11. fordert ihre zuständigen Ausschüsse auf, zusätzlich zu dem für November 1983 geplanten Parlamentarischen Hearing über den Verbleib hochgradig radioaktiver Abfallstoffe eine ähnliche Initiative in bezug auf andere gefährliche toxische Substanzen zu ergreifen und der Versammlung im Januar 1984 Bericht zu erstatten.

Mittwoch, 27. April 1983

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini

(Themen: Verhältnis des Europarats zum Europa der Gemeinschaft — Entwicklung des Menschenrechtsschutzes — Die Europäische Sozialcharta — Die EPZ — Die Erklärung über die Europäische Union — Das geeinte Europa eine Notwendigkeit — Erweiterung der EG — Voraussetzungen des Friedens)

Staatspräsident Sandro Pertini: Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn ich hier in diesem historischen Plenarsaal das Wort ergreife, in diesem Plenarsaal, der die Anwesenheit großer Staatsmänner erlebte von Spaak bis zu Adenauer, von Schuman, Churchill und Bevin bis zu den Italienern de Gasperi und Sforza, so bin ich mir der Ehre voll bewußt, die Sie, Herr Präsident, wie auch der Vorsitzende des Ministerkomitees, alle Parlamentarier

und der Generalsekretär Ihrer Versammlung mir zuteil werden lassen. An den Generalsekretär möchte ich bei dieser Gelegenheit in besonderer Weise einen herzlichen Gruß richten. In der Geschichte des europäischen Einigungswerkes ist diese Organisation — aus politischer Sicht — die wahre und erstgeborene Tochter der **europäischen Bewegung**. Sie ist auf dem langen Wege, zu dem Europa sich vor mehr als dreißig Jahren entschieden hat und dessen Ende noch nicht erreicht ist, die Morgenröte und der Hoffnungsschimmer. Der europäische Gedanke, der so viele aufgeklärte Menschen mit Leidenschaft erfüllt hat, hat hier seinen ersten institutionellen Ausdruck gefunden. Seither sind ihm andere Initiativen zur Seite getreten, um die Verwirklichung dieser großartigen europäischen Idee voranzutreiben.

Aber Straßburg hat unbeirrbar und beharrlich seinen Weg auf den vorgezeichneten Bahnen fortgesetzt und hat ohne einzuhalten oder zurückzuschauen sein mühsames und wertvolles Werk fortgeführt. Mehr denn je ist es der Bezugsrahmen für das gesamte Spektrum der europäischen Einigungsbemühungen. Es ist die freie und anspruchsvolle Bühne, auf der sich alle europäischen Diskussionen abspielen. Es ist ein Ort der Begegnung, ein Forum für Konsultationen und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Facetten des europäischen Prismas. Hier in diesem Plenarsaal sind nach dem Krieg die Sieger und die Besiegten Europas zusammengekommen. In den folgenden Jahren suchten hier das Europa der Gemeinschaft und das nichtgemeinschaftliche Europa, das verbündete und das neutrale Europa nach einer Grundlage für Verständigung und Dialog. Aus dem Zusammentreffen unterschiedlicher europäischer Stimmen ist aber kein Sprachenbabel entstanden, ganz im Gegenteil: Von Anfang an ging man energisch und kraftvoll an das Werk und es wurden bedeutende Ergebnisse auf den verschiedensten Gebieten erzielt, wie der Abschluß von mehr als hundert Konventionen zeigt. Auf der Suche nach seiner Einheit hat Europa hier Gelegenheit, Mittel und Impulse gefunden, um die Grundlagen für seine Zukunft zu schaffen und es hat hier auch die großen Leitlinien für seine strukturelle Entwicklung formuliert. Hier hat Europa letztlich damit begonnen, seine eigene Form herauszubilden. Da Sie seit langem mit diesem Werk vertraut sind, wäre es unangebracht und völlig unnötig, wenn ich Ihnen die verschiedenen Etappen ins Gedächtnis rufen und die vielfältigen Aspekte Ihrer Aktivitäten schildern wollte. Wichtiger für Sie und für mich ist es, hier zu betonen, daß Ihre Erfolge dazu beigetragen haben, Europa zu schaffen und zu harmonisieren und den verschiedensten Aktivitäten das europäische Siegel aufzudrücken. Diese Ergebnisse waren aus einem einfachen und ganz klaren Grunde möglich. Das Werk dieser Organisation wird seit jeher von einem einzigen Licht, von einem einzigen Stern geleitet, dem der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Rechts und des Pluralismus, mit einem Wort: der Demokratie. Das ist der ewige „Anismus“, der mehr als dreißig Jahre lang die Aktivität dieser Organisation bestimmt hat. Kraft dieses Geistes hat die Organisation, deren Gast zu sein ich heute die Ehre habe, den Mut gehabt, Urteile zu

sprechen, sich — nicht ohne Schmerzen — von diesem oder jenem Mitgliedstaat zu trennen, in der berechtigten Hoffnung, daß die Zeit ihr letztlich recht geben würde. Hier in diesem Plenarsaal findet das freie, demokratische und zivilisierte Europa seinen weitesten Ausdruck. Wenn die europäische Einigung das edelste Bestreben der modernen Zeit ist, so wissen Sie alle, daß die Vielfalt der Tendenzen auf diesem Gebiete häufig zu Meinungsverschiedenheiten, ja sogar zu Uneinigkeit geführt haben. Aber in seinem Straßburger Spiegelbild hat Europa noch immer seine Gemeinsamkeiten wiedergefunden, nämlich das Streben nach Freiheit, das Festhalten an den Werten des Pluralismus und der Demokratie sowie den Glauben an das immerwährende Streben der Menschen und Bürger nach Gerechtigkeit und unveräußerlichen Rechten.

Ich habe bereits gesagt, daß ich die Ergebnisse dieses sehr umfangreichen Werkes, das die einzelnen Organe des Europarates vollbracht haben, noch nicht einmal andeutungsweise zusammenfassen könnte. Was ich aber hier erwähnen kann und muß, das sind die Ergebnisse, die mir am bedeutendsten erscheinen und die in der Öffentlichkeit meines Landes den größten Beifall gefunden haben. Zunächst einmal möchte ich die meiner Meinung nach hervorragendste Leistung nennen, die auch chronologisch an erster Stelle steht und die letztlich mit dem Leitprinzip der Aktivitäten des Europarates identifiziert werden kann: Der **Schutz der Menschenrechte** ist meines Erachtens das, was die Originalität und das Charakteristischste des Werkes dieser Organisation ausmacht und dazu beiträgt, daß sie sich von jeder anderen Organisation in Europa und in der Welt unterscheidet. Die Konvention, die Kommission, der Gerichtshof für Menschenrechte, die zum ersten Mal den tatsächlichen Schutz des Individuums gegen Staaten und gegen den eigenen Staat sicherstellen und somit die Gleichstellung von Individuum und Staat anerkennen, sind eine einzigartige historische Leistung und Höhepunkt eines jahrhundertelangen Entwicklungsprozesses, dessen Ursprünge in der Aufklärung, in der französischen Revolution wurzeln. Als alter Freiheitskämpfer meines eigenen Landes übertreibe ich sicher nicht, wenn ich behaupte, daß die Versammlung keine Gelegenheit versäumt hat, sondern im Gegenteil rasch und entschlossen gehandelt hat, wenn es darum ging, die Verletzung von Menschenrechten zu verurteilen, ohne dabei erniedrigende Kompromisse zu schließen oder Konzessionen an die pseudo-realistische „Staatsräson“ zu machen. Heute, nach den traurigen Erfahrungen, die wir gemacht haben, wissen wir alle, daß die heutige Gesellschaft immer noch nicht gegen die Angriffe des Virus des Totalitarismus gefeit ist. Dem Staat steht ein breiter Fächer an Überzeugungsmöglichkeiten und Beherrschungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Möglichkeiten, das freie Gewissen zu korrumpieren, sind unendlich. Eine ausgeklügelte Technologie ermöglicht heute den skrupellosesten Unterdrückerregimen die Anwendung einer sanften und geräuschlosen Gewalt, während in der Antike und noch in jüngster Vergangenheit Gewalt sich in Brutalität und körperlicher Vernichtung des Gegners ausdrückte. Toc-

queville hat diese Entwicklung durch seine brillante Intuitionsgabe erfaßt, als er zu Anfang des 19. Jahrhunderts schrieb: „Die Art der Unterdrückung, von der die demokratischen Völker heute bedroht werden, ist in keiner Weise dem ähnlich, was es bislang in der Welt gegeben hat“.

Wir alle wissen, daß das Funktionieren der Demokratie im heutigen Zeitalter der Technologie zweifellos komplexer und heikler ist. Die demokratische Entscheidungsbildung erfolgt, weil sie sich nach allen Seiten absichert, natürlich langsamer und mühseliger und ihre unmittelbare Wirksamkeit ist vielleicht geringer, als dies bei der einfachen Willensäußerung eines Tyrannen oder mit dem blinden Gehorsam gegenüber einer Einheitspartei und ihrem bürokratischen Apparat der Fall ist. Aber wir alle wissen auch, daß das demokratische System trotz seiner Langwierigkeiten, trotz mancher Unentschiedenheiten und trotz seines hohen Energieaufwandes dem totalitären System in menschlicher und politischer Hinsicht weit überlegen ist. Natürlich soll das nicht heißen, daß die Demokratie sich überall und jederzeit gegenüber dem Totalitarismus durchsetzt. Manchmal ist sie auch die Unterlegene. Um nicht zu unterliegen, sollte sie aber vor allem den Mut haben, sie selbst zu bleiben. Sie muß sich behaupten und sie muß die Dämonen mit ihren eigenen Waffen bekämpfen: Mit Ehrlichkeit, Integrität, Gradlinigkeit und vor allem Achtung der Verfassungsrechte, auch derjenigen, die bereit sind, sie zu leugnen. Goethe sagte: „Wenn einmal der Mut verloren ist, so ist alles verloren und es wäre besser gewesen, überhaupt nicht geboren zu sein.“ Demokratie ist vor allen Dingen eine Schule der Zivilcourage. Diese Grundsätze verkündigt zu haben und das Bewußtsein der europäischen Völker für diese ewigen Probleme in einem modernen Geist und unter Hinweis auf die neuen Gefahren unseres Zeitalters geschärft zu haben, war und ist eines der großen Verdienste dieser Organisation, die es auf diese Weise verstanden hat, Europa europäischer zu gestalten. Unter den vielen anderen Aktivitäten möchte ich das große Mosaik sozialer Errenschaften hervorheben, mit dem 1961 in der italienischen Stadt Turin begonnen wurde, einer Stadt, die aus verschiedenen Gründen mit der ruhmreichen Geschichte der Arbeiterbewegung verbunden ist. Ich meine die **Europäische Sozialcharta**, die die Menschenrechtskonvention verstärkt und im wirtschaftlichen und sozialen Bereich vervollständigt. Die in der Sozialcharta verankerten Bestimmungen werden heute im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Berufsbildung eingehend überarbeitet.

Eine andere höchst wichtige Initiative ist der Wiedereingliederungsfonds: Ein konkretes Symbol der europäischen Solidarität und ein Instrument zum Schutz der Flüchtlinge, das auch in vielen Fällen von Überbevölkerung angewendet worden ist. Hier möchte ich die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß seitens der Mitgliedstaaten mehr Mittel bereit gestellt werden, um den Interventionen des Fonds mehr Gewicht zu verleihen.

Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, auch wenn diese kurzen Ausführungen völlig unzureichend

sind und ich auch die unzähligen anderen Bereiche nicht genannt habe, in denen der Europarat mit Enthusiasmus und mit Blick auf die Zukunft unermüdlich tätig ist, kann man dennoch den wertvollen Beitrag erkennen, den diese Organisation geleistet hat und noch weiterhin leisten wird, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen: die **Konsolidierung einer europäischen Identität** und die Verstärkung der Zusammenarbeit in Europa. Ein Ziel — das sei wiederholt und klargestellt —, das den Zehn und den Elf gemeinsam ist, also diesem großen Europa der 21, das hier den Ort seiner Begegnung gefunden hat. Ich weiß, daß hier Befürchtungen geäußert wurden, daß die Rolle dieser Organisation eingeschränkt oder durch die Dynamik der Gemeinschaftsaktivitäten überschattet werden könnte. Diese Befürchtungen sind meines Erachtens unbegründet. Wege und Mittel können unterschiedlich scheinen und sind es manchmal tatsächlich, aber sie streben alle zum gleichen Ziel und sie gehen alle von den gleichen Interessen aus. Es handelt sich um verschiedene Beiträge zu einem einzigen Ziel. Die Dynamik der gemeinschaftlichen Einigung im Rahmen der politischen Zusammenarbeit wie auch auf dem Gebiet der rechtlichen und kulturellen Zusammenarbeit kann und darf nicht geschwächt werden. Das schließt aber nicht aus, daß sich alle Mitgliedstaaten der EG verpflichten, die koordinierende Funktion, die diese Organisation bereits in kompetenter Weise erfüllt, möglichst umfassend zu nutzen. Diese Funktion wird durch die Dynamik der Gemeinschaften noch verstärkt werden. Alles deutet darauf hin, daß das, was wir in Italien mit dem treffenden Ausdruck „dialogo delle cose“ bezeichnet haben, das heißt, die praktischen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Instanzen dieser Organisation, sich künftig mehr denn je entfalten werden. Künftig wird jede Entscheidung, die von den Gemeinschaftsorganen getroffen wird, im Rahmen des Europarates eingehender geprüft und erörtert werden können, mit dem Ziel einer umfassenderen Einigung und Anwendung in einer größeren Anzahl von Ländern.

Dies ist auch der Geist der **europäischen Akte**, der feierlichen Erklärung über die Europäische Union, deren Initiatoren die Außenminister Colombo und Genscher sind, und die hoffentlich im Juni dieses Jahres in Stuttgart gebilligt werden wird. Dieser Geist kommt in der Akte zum Ausdruck, die, wie Sie wissen, die Aufrechterhaltung und Verstärkung der Koordinierung zwischen den Zehn und den Elf vorsieht. Was Italien betrifft, so werden wir jede Gelegenheit suchen, um die Verbindung zwischen den beiden Organisationen auf der Ebene der Gemeinschaft wie auch der europäischen politischen Zusammenarbeit zu aktivieren und zu stärken. Daß dies keine leeren Worte sind, beweisen die Aktionen und engen Kontakte in der jüngsten Vergangenheit, die darauf abzielen, den politischen Dialog innerhalb dieser Organisation auf der Ebene der Minister wie auch der Experten fruchtbarer zu gestalten. Neue Maßnahmen sind vor kurzem ergriffen worden, um den Informationsaustausch sowie die Ausarbeitung gemeinsamer Richtlinien zwischen den Mitgliedstaaten und den Nichtmitgliedstaaten der EG im Rahmen des Europarates zu stimulieren.

Um nur ein Beispiel zu nennen, möchte ich erwähnen, daß im Rahmen der Tagung des Ministerkomitees eine Begegnung zwischen dem Präsidium des Organs der politischen Zusammenarbeit und den Vertretern der Elf stattfinden wird oder vielleicht schon stattgefunden hat. In einem Europa, das sich seiner Identität bewußt ist, stellt diese Versammlung die einzige Gruppe zwischen den Parlamentariern der Mitgliedstaaten und den Nichtmitgliedstaaten der EG dar. Sie muß wie bisher das grundlegende Forum für die Erörterung der großen Themen unserer Zeit bleiben und sie muß weiterhin dem Prozeß des europäischen Einigungswerkes wertvolle Impulse verleihen. Straßburg, meine Damen und Herren, ist folglich der Kreuzpunkt aller Initiativen und aller Möglichkeiten. In Straßburg sind alle wichtigen Fragen diskutiert worden und das wird auch weiterhin so sein: Die Herausforderungen unserer Epoche, die heiklen Nord-Süd-Beziehungen, die schwierigen Ost-West-Beziehungen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage stellen: Wäre Helsinki ohne Straßburg vorstellbar gewesen?

Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, es ist jetzt der Augenblick gekommen, von dem Ziel zu sprechen, das Vorrang vor allen anderen hat: das **europäische Einigungswerk**. Ich habe das Wort „Ziel“ benutzt, um mich so korrekt wie möglich auszudrücken. Die Geschichte Europas als Idee und in der Praxis war Mythos, Traumgefühl und Ideal zugleich. Einige sehen darin mit Melancholie, Trauer und Bedauern ein verlorenes Paradies, ein Athen, das, nachdem es „der Welt Welten“ gegeben hat, nachdem es ein Schmelztiegel verschiedener Kulturen war, nachdem es den Erdball europäisiert hat und seine unvergänglichen Werte in alle vier Himmelsrichtungen verbreitet hat, sich jetzt damit abfinden soll, unterzugehen und niemals wieder aufzustehen. Nachdem es eine große und beherrschende Macht gewesen ist, während, in seltsamer Paradoxie, in seinem Inneren Bürgerkriege tobten, sollte es heute ohnmächtig seinem eigenen Untergang zusehen, zu einer Zeit, da es sich mehr denn je der Bedeutung und der dringenden Notwendigkeit seiner Einheit bewußt ist? Eine pessimistische Vision, die an eine der ethymologischen Wurzeln des Namens Europa, an die Bezeichnung als Abendland erinnert! Auch in der Mythologie war Europa bald Nymphe der Meere und bald, wie im Gemälde von Veronese, die von Zeus entführte sanftmütige Tochter des Agenor. Im Laufe seiner Geschichte verkörperte Europa Hellas und Rom, zweimal ein Imperium, eine „christliche Republik“, Renaissance und Entdeckungsreisen, Reformation und Gegenreformation, die von Voltaire angebetete kosmopolitische Republik der Geisteswissenschaften, französische Revolution, industrielle Revolution und Revolution des Proletariats, Gleichgewicht und harmonische Beziehungen zwischen Staaten, Imperialismus und kolonialen Expansionismus. Es war, wie Emanuel Berl sagte, „Museum und Maschine“, die Verkörperung weltlicher und sakraler Werte, Religion und Philosophie, Wissenschaft und Technik, Völkermosaik, Schmelztiegel von Rassen, Schlachtfeld feindlicher Völker, Schauplatz von Invasionen, Völkerwanderungen und Ausgangspunkt endloser Dia-

spora. Schauplatz schrecklicher Konflikte und blutiger Gewalt, wobei es manchmal den Anschein hatte, daß die Nacht sich niedersenkte und das Licht des Geistes sich für immer verdüsterte. Die Geschichte Europas ist eine Tragödie. Europa war und ist noch immer ein Gemisch von Sprachen, ein Konzert disharmonischer Stimmen: jeder will ein Europa seiner Vorstellungen.

Einige sehen darin eine unverzeihliche Sünde wider das Fleisch und Blut der alten Nationen und andere denken wie Jules Romains, der den in die See mündenden Rhein beschreibt: „mit Nationen beladen, während sein Wasser Grenzen wie Unrat mit sich schleppt“. Wieder andere meinen, daß die Nationen der Vergangenheit angehören, die Vaterländer jedoch weiterhin bestehen, und haben kein Vertrauen in ein europäisches Vaterland. Noch andere sehen in Europa ihr Vaterland, auch wenn es in verschiedene Nationen aufgeteilt ist. Und wenn diese Nationen nicht sterben, so wird Europa auch überleben. Das Europa der Staaten, der Völker, der Vaterländer. Dies sind unterschiedliche und weitgehend unvereinbare Konzeptionen. Einige gehen soweit, daß sie Europa noch nicht einmal als geographischen Begriff akzeptieren. Sie behaupten, sie wüßten weder wo es beginnt, noch wo es aufhört, ob es über den Ural oder über den Atlantik hinausreicht. Der große italienische Historiker Chabod bedauerte in der Einführung zu seiner „Geschichte des europäischen Gedankens“, daß eine große Konfusion im Geiste derer herrsche, die mit Enthusiasmus und Nachdruck von Europa reden. Es handele sich dabei um einen Begriff, der überhaupt nicht definiert, völlig vage und verschwommen sei.

Chabod schrieb sein Buch 1944. Heute sind unsere Vorstellungen klarer. Sie wurden durch Fakten abgeschliffen, die insbesondere im Hinblick auf Europa so schwer wie Mühlsteine wiegen. Ich gestehe Ihnen, meine Herren, daß ich mich weder auf die Jagd nach einer geeigneten Definition noch auf derartige Gedankenspiele ob sie nun zu Pessimismus oder zu übertriebener Begeisterung neigen, einlassen möchte. Für mich sind die Dinge einfacher. Das Zeitalter der vollendeten Welt, die Valery vorher sagte, hat bereits begonnen, wo nichts mehr auf der Erde entdeckt werden kann, wo niemand mehr dem anderen ein Fremder ist, wo die Berge und Ozeane nicht mehr trennen, sondern vereinen, und wo planetarische Mächte entstehen, ist das Universum in der Tat ein „elektronisches Dorf“ geworden, von dem Europa lediglich ein Teil ist. Aber es stimmt auch, daß Europa, und ich meine damit einen großen integrierten europäischen Raum, aufgrund dieser dimensional Revolution eine unzerstörbare physiologische Notwendigkeit geworden ist, ohne die die Gesellschaften unseres Kontinents nicht mehr funktionieren könnten. Europa ist mehr als ein vollkommener und notwendiger Bezugsrahmen und konditioniert unser Überleben. Jemand hat einmal treffend gesagt, daß Europa heute bescheidener ist aufgrund der historischen Wechselfälle, daß es sich aber auch mehr zu sich selbst bekennt, demzufolge in sich selbst geeinigter ist. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist wieder erwacht und die rasch wechselnden Ereignisse werden es nicht zu-

lassen, daß dieses Gefühl wieder einschläft. **Europa ist** also kein Mythos, kein Traum, kein leuchtender Stern mehr, der von fern die Richtung weist, und ich würde fast sagen, es ist auch kein Ideal mehr, sondern **eine absolute Notwendigkeit**, die in uns und nicht außerhalb von uns ist. Es ist, wenn Sie so wollen, das notwendige Ideal der modernen Zeitläufe. Und wie notwendig es ist, hat man in diesen Tagen gesehen, als es um Währungsprobleme und Verteidigungsfragen ging. Diese Notwendigkeit, der wir uns nicht mehr entziehen können, erfaßt uns alle. Nicht nur die Zehn und die Elf, nicht nur die 21, sondern alle Länder dieses Kontinents und darüber hinaus. Würde ich mich nicht vor Simplifizierungen fürchten, so würde ich den Satz von Benedetto Croce „wir können nicht umhin, uns Christen zu nennen“ ummünzen und sagen „wir können heute nicht umhin, uns Europäer zu nennen“.

Aber das wäre in der Tat eine Simplifizierung. Wenn man dieses so notwendige Europa schaffen will, darf man nicht träge, passiv und unbeweglich bleiben. Europa ist notwendig, das bedeutet aber nicht, daß es sich von selbst einstellen wird. Wenn der politische Wille nicht vorhanden ist, dann besteht die Gefahr, daß dieses Vorhaben sich in Luft auflöst. Europa ist auch und vor allen Dingen eine Willensangelegenheit. Was wir sind und was wir sein werden, hängt auch von unseren jetzigen und künftigen Einstellungen ab. Europa ist auch kein isolierter Willensakt, sondern eine Reihe von Willensakten, ein mühsames Werk, ein langsamer Prozeß, der Geduld erfordert, der Höhen und Tiefen, Zeiten der Stagnation und des Aufschwungs hat. Zum Glück bewegt sich die Geschichte nicht in Richtung auf ein jüngstes Gericht hin: Sie ist „ein Kontinuum“. Um Europa zu schaffen, gibt es daher keine andere Alternative als weiter auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Es spielt keine Rolle — auch wenn es bestimmt nicht wünschenswert ist —, daß wir manchmal gezwungen sind, die Zielsetzung zu ändern und auf dem einen Gebiet mehr zu tun als auf dem anderen. Jean Monnet hat uns gelehrt, daß eine Politik des partiellen Fortschritts nicht zwangsläufig Minimalismus bedeutet. Europa — sagte Perroux — ist „eher Saat als Feld“. Wichtig ist es, das große Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und nie zu vergessen, Armand hat daran erinnert, daß, wenn für Rom „Carthago delenda est“, für uns Europäer von heute „Europa construenda est“.

In den heroischen Zeiten der europäischen Bewegung, als wir die Kämpfe und Massaker des Krieges hinter uns gelassen hatten, war es möglich und durchaus gerechtfertigt, unmittelbare und teilweise widersprüchliche Anliegen zu haben und wie de Gasperi zu glauben, daß, um Europa zu einigen, es vielleicht notwendiger wäre, zu zerstören als aufzubauen, sich einer Welt voller Vorurteile, Arroganz und Rachsucht zu entledigen. Wieviel Mühe hat es gekostet, sagte dieser große italienische Europäer, Italien zu schaffen, wo in den vielen Jahrhunderten der Sklaverei eine jede Stadt gelernt hatte, ihre Nachbarstadt zu hassen. Das gleiche müssen wir für Europa tun, schreiben, reden, handeln ohne jemals aufzugeben. „Europa muß auf der Tagesordnung bleiben.“ Damals hatte de Gasperi recht.

Heute jedoch, nachdem wir die Tage des Zorns und der Gewalt hinter uns gelassen haben, nachdem der Haß und die Mißverständnisse überwunden worden sind, kann und muß Europa statt sich selbst zu zerstören, sich tagtäglich um seine Einigung bemühen. Auf diese Weise wird es zur Entwicklung und Neugestaltung der Welt beitragen. Sforza, ein anderer großer italienischer Europäer sagte: „**Europa, das ist der Frieden.**“ Wäre eine neue Weltordnung, mit der man den schrecklichen Herausforderungen unserer Zeit begegnen kann, vorstellbar ohne ein geeintes Europa, das unabhängig frei und stark ist, das mit sich selbst und seinen Nachbarn in Frieden lebt und ein echter und aktiver Freund der Völker anderer Kontinente ist?

Italien braucht ein solches Europa, wie Europa Italien braucht. Es ist nicht erniedrigend, dies zuzugeben. Ganz im Gegenteil. Ich halte diese Aussage für mutig und durchaus angebracht. In diesem Plenarsaal war man sich stets der Tatsache bewußt, daß unsere Länder Europa dringend brauchen. Aber nicht nur unsere Länder brauchen heute ein geeintes Europa, sondern die ganze Welt braucht dieses Europa. Jahrhunderte lang war Europa ein Schlachtfeld, heute entwickelt es sich zu einem Territorium des Friedens. Der Friede, meine verehrten Parlamentarier, beruht heute auf dem atomaren Gleichgewicht der beiden Großmächte, aber es ist absurd von einem Frieden zu sprechen, über dem das Damoklesschwert einer atomaren Katastrophe schwebt.

Der große amerikanische Journalist Walter Lippman hat in einem denkwürdigen Artikel davor gewarnt, daß ein Atomkrieg durch eine politische Fehleinschätzung und durch einen technischen Rechenfehler ausgelöst werden könne. Angesichts der Raketen, meine Herren Parlamentarier, werden wir nie Frieden haben.

Denken wir nicht an uns selbst, deren Leben sich dem Ende zuneigt, denken wir an die jungen Menschen, die uns folgen, die auf der Schwelle zum Berufsleben stehen. Wir sorgen uns um die Jugendlichen, denn ihnen wollen wir einen sicheren Frieden ohne Blutvergießen hinterlassen. Wir wollen, daß sie ohne den Alptraum des Krieges unter dem Schutz des Friedens leben.

Die Jugendlichen haben recht, dies von uns Alten zu fordern. Sie haben recht, ihr Leben leben zu wollen, ohne daß es durch die Drohung eines atomaren Krieges überschattet wird, der der letzte Krieg wäre, denn er wäre das Ende der Menschheit. Wir glauben an die Jugend. Es gibt einige unter ihnen, die sich der Gewalt und der Droge hingeben, aber der größte Teil der Jugend ist politisch und moralisch gesund.

Ich habe, meine Herren Parlamentarier, diese Erfahrung persönlich gemacht. Alle Vormittage empfangen ich im Quirinal fünfhundert bis sechshundert Studenten aus allen Teilen Italiens. Während meiner vierjährigen Amtszeit habe ich bereits hunderttausend empfangen. Ich halte nie eine Rede, denn davon hören sie schon genug. Ich rede mit ihnen, ich unterziehe mich einem richtigen Verhör. Die

drängende Frage, die sie mir immer wieder stellen, ist die: Wird es einen Krieg geben? Ist unsere Zukunft vom Atomkrieg bedroht? Auf diese Fragen müssen wir antworten, denn von uns Alten, die wir das Schicksal der Völker in Händen halten, hängt die Zukunft unserer Jugend ab. Wenn wir uns nicht den Fluch der Jugendlichen zuziehen wollen, die das Recht haben, ihr Leben in voller Entfaltung zu leben, dann müssen wir alles tun, um eine vollständige und kontrollierte Abrüstung zu erreichen. Alle Atomwaffen müssen vernichtet und die Kernenergie nur zum Fortschritt der Menschheit auf dem Wege zum Frieden genutzt werden.

Ich habe zwei Weltkriege erlebt: Im Ersten war ich noch ein Jugendlicher und im Zweiten war ich Mitglied der Widerstandsbewegung und überlebte die faschistischen Gefängnisse. Es ist nicht wahr, daß der Krieg schön ist, wie es ein dekadenter Dichter meines Landes sagte. Der Krieg ist ein gefräßiges Ungeheuer. Er ist die Antikultur. Und wir dürfen nie mehr zur Barbarei zurückkehren, sondern sollten nach Kultur streben, wo die Gedanken, die Arbeit und die Solidarität aller durch ein gleiches Schicksal verbundener Völker Sieger sind.

Die Jugendlichen wollen ihr Leben leben und nicht in einem atomaren Holocaust untergehen. Wir sind auf der Seite der Jugendlichen und so lange ein Funken Leben in uns ist, werden wir an ihrer Seite stehen, um das Ungeheuer des Krieges von ihnen fernzuhalten und um ihnen dabei zu helfen in Würde und Gelassenheit zu leben. Ihr Leben ist ein wertvolles Gut, es soll für sie eine Quelle der Freude und berauschenden Eroberungen auf allen Gebieten des menschlichen Wissens sein.

Es siege der Mensch über das Tier, es siege die Kultur über die Barbarei!

Für diese Zukunft des Friedens, des Fortschritts, der Brüderlichkeit zwischen allen Völkern der Erde haben wir unser ganzes Leben gekämpft.

Nos non nobis: Für die Jugendlichen, die uns folgen werden, haben wir gekämpft und werden wir weiter kämpfen.

Wir werden kämpfen, damit der Frieden Sieger bleibt, damit die Intelligenz über die bestialischen Instinkte triumphiert, damit die Menschen sich alle als Brüder im gleichen Schicksal vereint fühlen und damit der Stärkere den Schwachen stützt und sie gemeinsam die Straße des Lebens zurücklegen.

Ich stimme dem großen Dramatiker Berthold Brecht zu: Die Menschheit sollte niemals mehr Helden brauchen, sondern Menschen, die ein für allemal frei sind vom Alptraum des Krieges, die gemeinsam auf dem Gebiet der Wissenschaft forschen und arbeiten, um Fortschritte zu erzielen, und nicht um Todeswerkzeuge herzustellen, sondern um die höchsten Gipfel des Geistes zu erreichen und das Leben edler und lebenswerter zu machen.

Mit dieser Absicht und dieser Entschlossenheit stehen wir unserer Jugend zur Seite und beschwören sie, zu kämpfen, als ob ein jeder Tag der letzte wäre

und als ob dennoch der letzte Tag niemals anbrechen werde.

Das vereinigte Europa mit seinem menschlichen, historischen, kulturellen, technologischen Potential kann seine Präsenz zwischen beiden Großmächten spürbar machen, es kann den atomaren Holocaust verhindern.

Aber um diese Kraft zu besitzen, darf Europa niemandem den **Beitritt zu den Gemeinschaftsinstitutionen** verwehren. Nationen wie Spanien und Portugal aus der EWG auszuklammern, weil dies den Agrarmarkt stören würde, wäre Beweis für einen engherzigen und egoistischen Nationalismus.

Das ist die Denkungsweise von Kaufleuten und nicht von aufgeklärten Politikern, denen die Sehnsucht der Völker nach Frieden am Herzen liegt. Wenn die Völker dieser Erde ihren Willen einstimmig äußern könnten, so würden sie sich für den Frieden aussprechen und fordern, daß die 650 Milliarden Dollar, die heute für den Kauf von Atomwaffen verwandt werden, eingesetzt werden, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Das kann und muß Europa fordern. Aber um dieses Recht zu haben, braucht es auch das notwendige politische Gewicht. Und das ergibt sich lediglich aus einer Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen. Was die EWG betrifft, so meine ich, daß der Ministerrat in der Lage sein sollte, Mehrheitsentscheidungen zu treffen und daß das Europäische Parlament, das auch in diesem Plenarsaal tagt, kontrollierende und gesetzgebende Gewalt haben muß, wenn es nicht eine wirkungslose und resonanzlose Versammlung bleiben will. Nur auf diese Weise, durch Überwindung eines engstirnigen und egoistischen Nationalismus wird die europäische Einigung konkrete Formen annehmen. Nur so wird das vereinte Europa die politische und moralische Kraft haben, um seiner eigenen Stimme Gehör zu verschaffen, wenn es um den Frieden geht. Nur so wird Europa dazu beitragen können, die Menschheit vom Alptraum der atomaren Katastrophe zu befreien und dem Menschen größere Freiheit zu geben, indem es diejenigen Regierungen bekämpft, die auf dieser Welt Menschen unterdrücken und die Menschenrechte mit Füßen treten.

Freiheit ist letztlich die Verherrlichung der menschlichen Würde. Wenn diese Würde verletzt wird, leidet auch die Freiheit darunter. Deshalb messen wir dem Schutz der bürgerlichen und menschlichen Rechte so große Bedeutung bei. Wer dieser Rechte beraubt wird, hört auf ein freier Mensch zu sein und wird ein Opfer der Willkür. Häufig habe ich mich für Menschen in anderen Ländern eingesetzt, die der bürgerlichen und menschlichen Rechte beraubt, und Opfer der Gewalt waren. Und man hat mich darauf hingewiesen, daß dies eine rein innenpolitische Angelegenheit sei, die mich nichts angehe. Ich habe geantwortet, daß meine Intervention berechtigt sei, weil sie auf der Grundlage der Rechte des einzelnen erfolge und weil jeder Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki bei Verletzungen dieser Akte von den Mitunterzeichnern zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Meine Damen und Herren, die Despoten, die die menschliche Würde und die bürgerlichen Rechte verletzen, müssen sich vor der internationalen Öffentlichkeit verantworten.

Ein preußischer Müller, der der Meinung war, daß seine Rechte von Friedrich dem Großen verletzt worden waren, erklärte dem Souverän stolz: „Es wird sicherlich in Berlin einen Richter geben, an den ich mich wenden kann, damit meine Rechte verteidigt werden.“

Hier in Straßburg haben wir den Gerichtshof der Menschenrechte. Er sollte ausreichende Vollmachten haben, um sich durchsetzen zu können, so daß ein jeder Staatsbürger auf der ganzen Welt, der sich in seinen Rechten verletzt fühlt, dem Despoten antworten kann: „In Straßburg wird es Richter geben, an die ich mich wenden kann und wo mir recht geschehen wird.“

Dieser Schutz der Menschenrechte und der bürgerlichen Rechte sollte eine der vornehmsten Aufgaben eines geeinten Europas sein.

Der Mensch hat es durch seine Genialität erreicht, die Ketten der Schwerkraft zu sprengen und in den Weltraum zu gelangen. Möge es ihm auch gelingen, die Ketten des Egoismus zu sprengen und sich in menschlicher Solidarität zu üben, um sich als Bruder aller Menschen der Erde zu fühlen, als Bruder der Schwachen, der Unterdrückten, der Hungerleidenden, als Feind der Unterdrücker und Ausbeuter.

Ich bin stolz darauf, ein italienischer Staatsbürger zu sein, aber ich fühle mich auch als Staatsbürger der Welt und folglich stehe ich all denen zur Seite, die gegen den Hunger kämpfen, die sich für die bürgerlichen und menschlichen Rechte und gegen den Machtmißbrauch der Tyrannen einsetzen.

Entsprechend diesen Grundsätzen, die tief in mir verankert sind, habe ich in aller Offenheit zu Ihnen gesprochen. Ich bin mit mir selbst ehrlich gewesen, um es mit Ihnen sein zu können.

Der alte Polonius hat einmal zu seinem Sohn gesagt, als dieser nach London abreiste: „Mein Sohn sei immer ehrlich mit Dir selbst und so, wie die Morgenröte auf die Nacht folgt, wirst Du dann auch ehrlich mit den anderen sein.“

So habe ich auch gehandelt. Natürlich habe ich mir dadurch Gegner geschaffen, aber „Amicus Plato, sed magis amica veritas“.

Dies ist die Wahrheit, an die ich glaube und die ich im Laufe meines bewegten Lebens teuer bezahlt habe. Sie wird immer mein Polarstern bleiben und ich werde mich bis zum letzten Atemzug für sie einsetzen, für welchen Preis auch immer.

Den jungen Menschen möchte ich folgendes sagen: Steht immer aufrecht da, seid Herren Eurer Gefühle und Eurer Gedanken und niemals Knechte auf Knien.

Wer die Wahrheit verrät, verrät sich selbst und es wäre besser gewesen, nie geboren zu sein.

Die Wahrheit ist die Fackel der Freiheit, der Brüderlichkeit und des Friedens. Wir, die wir am Ende unserer Tage angelangt sind, überreichen diese Fackel den jungen Menschen „uti cursores“, damit sie sie weiter und immer höher tragen. So lange jedoch noch Leben in uns ist, werden wir ihnen zur Seite stehen und mit ihnen gemeinsam gegen den Krieg und für den Frieden, gegen die Tyrannei und für die Freiheit kämpfen.

Und wenn sich auf uns die Nacht niedersenkt, auf die keine Morgenröte mehr folgt, so werden wir ihr gelassen entgegensehen, in dem Bewußtsein, daß wir bis zuletzt unsere Pflicht als freie Menschen erfüllt haben.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

Dokument: 5051 und 5061

Berichterstatte: Außenminister Leo Tindemans (Belgien), amtierender Vorsitzender des Ministerkomitees

(Themen: Antworten des Ministerkomitees zu Beschlußtexten der Parlamentarischen Versammlung betr. Kabel- und Satellitenfernsehen; Meeresverschmutzung; Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; Industrieanlagen und Kernkraftwerke in Grenzregionen; Wahlrechte von Angehörigen der Europaratsstaaten; weibliche Gastarbeiter und Frauen von Wanderarbeitnehmern — Tätigkeit des Ministerkomitees: Empfehlungen betr. Staatenlose, betr. rechtlicher Schutz für geistig Behinderte, betr. Schutz der Benutzer von automatisierten Rechtsauskunftssystemen — Europäische Konventionen — der 2. mittelfristige Arbeitsplan 1981—1986)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte als amtierender Vorsitzender des Politischen Ausschusses dem Vorsitzenden des Ministerkomitees herzlich dafür danken, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, am 4. März in Brüssel ein ausführliches Gespräch mit ihm zu führen und alle die Themen anzuschneiden, die in der Tat vom Europarat, von der Versammlung wie vom Ministerkomitee gegenwärtig für wichtig gehalten werden. Ich möchte ihm zum zweiten herzlich dafür danken, daß er in seiner Rede heute nicht so allgemein geblieben ist, wie wir das allzuoft bei Berichten des Ministerkomitees erfahren haben. Sie, verehrter Herr Minister Tindemans, haben praktisch den Einstieg in unsere Diskussion über den Bericht des Herrn Kollegen Lied gegeben. Ich hoffe, daß wir das, was Sie uns vorge tragen haben, als wichtiges Material in der Debatte jetzt verwenden können.

Abg. Jäger (Wangen) richtet an den Vorsitzenden des Ministerkomitees folgende schriftliche Anfrage:

„a. Welche Informationen besitzt das Ministerkomitee in bezug auf den Verbleib des Giftmülls

(Dioxin) aus der italienischen Stadt Seveso, der nach seiner Lagerung in der französischen Stadt St.-Quentin verschwunden sein soll?

- b. Ist das Ministerkomitee darüber informiert, ob sich die Giffässer auf dem Territorium eines der Mitgliedstaaten des Europarates befinden?
- c. Welche Maßnahmen haben die im Ministerkomitee vertretenen Regierungen ergriffen oder welche Maßnahmen beabsichtigen sie zu ergreifen, um die Bevölkerung der Mitgliedstaaten gegen die durch Giftmüll verursachten gesundheitlichen Schäden zu schützen?"

Außenminister Tindemans antwortet, wenn das Ministerkomitee über diese Informationen verfügte, hätte es selbstverständlich entsprechende Maßnahmen ergriffen. Die Arbeit, die der Europarat auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Abfallbeseitigung in der Vergangenheit geleistet habe, sei bekannt. In der Empfehlung 958 über die Umweltpolitik werde das Ministerkomitee aufgefordert, über die Ausweitung diesbezüglicher Richtlinien der EG auf das Gebiet der Europaratsmitglieder zu beraten. Er sei sicher, daß die Ministerbeauftragten nach den jüngsten Vorfällen dieser Empfehlung größte Aufmerksamkeit schenken.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Minister, darf ich Ihnen zunächst für Ihre Antwort herzlichen Dank sagen. An diesen Dank möchte ich zwei Fragen anschließen.

Die erste Frage: Darf ich aus Ihrer Antwort schließen, daß im Augenblick im Ministerkomitee keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sich die giftigen Rückstände auf dem Gebiet eines der Mitgliedstaaten des Europarats befinden?

Die zweite Frage: Werden jetzt im Ministerkomitee rasch Erwägungen angestellt, um auch im Rahmen des Europarats eine Konvention oder eine rechtsverbindliche Vereinbarung anderer Art zu schaffen, durch die künftig die Beseitigung hochgiftiger Abfälle einer strengen Kontrolle unterworfen wird?

Außenminister Tindemans sieht sich außerstande, die erste Frage positiv zu beantworten. Die zweite Frage werde er dem Ministerkomitee vorlegen.

Tagesordnungspunkt:

Allgemeine Politik des Europarates — Die Ost-West-Beziehungen —

(Dokument 5054)

Berichterstatter: Abg. Lied

(Themen: Abrüstung und Sicherheit — die laufenden Verhandlungen, Probleme und Aussichten — West-West-Beziehungen: Handelsbeziehungen, Antinuklearbewegungen — Ost-Ost-Beziehungen: Afghanistan und Polen)

Die Stellungnahme des Ausschusses für die europäischen Nichtmitgliedstaaten legt Abg. Jäger (Wangen) vor:

(Dokument 5059)

(Themen: Die Menschenrechte in den Ost-West-Beziehungen — Der KSZE-Prozeß)

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Die Ost-West-Beziehungen, die den Gegenstand unserer heutigen Debatte bilden, die Ost-West-Beziehungen in Europa sind, wie wir alle wissen, durch die Abmachungen von Helsinki in einer umfassenden und in einer in der europäischen Geschichte neuartigen Weise geregelt worden. Die Schlußakte von Helsinki hat für die Durchführung dieser Ost-West-Beziehungen in großem Umfang Spielregeln aufgestellt. Es ist daher nach Auffassung unserer Kommission unerlässlich, der Schlußakte von Helsinki, ihrer Fortentwicklung und damit dem sogenannten **KSZE-Prozeß** insgesamt im Kontext der Beziehungen zwischen den westlichen und östlichen Staaten in Europa einen breiten Raum einzuräumen.

Im Bericht der Politischen Kommission steht nun ein völlig anderer Bereich im Vordergrund, ein Bereich, dessen Bedeutung und Wichtigkeit für Frieden und Zusammenarbeit in Europa außerhalb jeden Zweifels steht. Wir alle wissen, wie ungeheuer wichtig es ist, die gewaltigen Rüstungslasten, die gewaltigen Rüstungsbedrohungen in Europa zu vermindern. Von daher gibt es keine Kritik daran, daß dies im Bericht der Politischen Kommission ein besonderes Gewicht erhalten hat. Aber die Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten war dennoch der Meinung, daß es einer ergänzenden Stellungnahme bedarf, um der Entwicklung im KSZE-Prozeß jene Bedeutung einzuräumen, die ihr zukommt, wenn unsere Beratungen und Betrachtungen insgesamt ausgewogen sein sollen.

Natürlich kann man an dieser Stelle einwenden, daß das Folgetreffen von Madrid noch nicht abgeschlossen ist und daß eine endgültige Würdigung dessen, was in Madrid geschehen ist, erst dann möglich ist, wenn Ergebnisse vorliegen. Aber der gegenwärtige Zeitpunkt — das war unsere Auffassung — gibt auf der anderen Seite die Chance, daß diese Versammlung durch ihre Aussagen und Willensentschlüsse auf die Geschehnisse von Madrid noch einen gewissen Einfluß nehmen kann. Schon deswegen hielten wir es für richtig, in unserer ergänzenden Stellungnahme einen solchen Versuch zu unternehmen. Jetzt gibt es noch die Gelegenheit, an die in Madrid versammelten Vertreter der europäischen Regierungen aus West und Ost Forderungen zu stellen.

Ich glaube, allein schon die Überschrift dessen, was wir heute miteinander behandeln, muß uns deutlich machen, wie notwendig es ist, Einfluß zu nehmen. Wir reden hier immer von den Ost-West-Beziehungen. Für den unbefangenen Beobachter erweckt dieser Begriff den Eindruck, als ob vom Osten her

die Dynamik und vom Westen her die Reaktion auf die Dynamik kommt. Wir sollten aus unserer Sicht, auch wenn das ungebräuchlich ist, als freie Parlamentarier lieber von West-Ost-Beziehungen reden. Wir müssen die Initiative zurückgewinnen; wir müssen diese auch in unserer Wortwahl zum Ausdruck bringen.

Es kann kein Zweifel sein, daß zu den Grundlagen des Friedens in Europa, dem wir zu dienen entschlossen sind, nicht nur die militärische Seite, also die Abwehrbereitschaft, Abrüstung und Rüstungskontrollbemühungen, gehört. Zu den Grundlagen des Friedens gehört vielmehr auch das, was man in den verschiedensten Variationen dieses Begriffs als Entspannungspolitik zu bezeichnen sich angewöhnt hat. Eine echte Entspannungspolitik jedoch setzt zwischen den Partnern Vertrauen, zumindest ein gewisses Mindestmaß an Vertrauen voraus. Dieses Vertrauen wiederum ist nur möglich, wenn die Partner ihr gegebenes Wort respektieren. Es ist deswegen nichts Neues, wenn ich hier sage, daß die schweren Verletzungen der Schlußakte, die wir in den letzten Jahren beobachten mußten, dieses Vertrauen beeinträchtigen, ja dieses Vertrauen erschüttern müssen.

Auf der Einführungskonferenz des Folgetreffens von Helsinki hat der deutsche Außenminister, Herr Genscher, gesagt — ich darf zitieren —:

Entspannung kann nur glaubhaft sein, wenn sie nicht nur das Verhältnis der Staaten zueinander verbessert; sie muß vor allem auch den einzelnen Menschen unmittelbar zugute kommen. Wir sollten uns bemühen, Garantien für die Verwirklichung der Menschenrechte zu finden.

Ein paar Sätze weiter fuhr er fort:

Wir dürfen nicht schweigen und wegschauen, wenn Bürgerrechtler, die namenlosen genauso wie die bekannten, wegen der Berufung auf die in der Schlußakte gegebenen Zusagen Verfolgungen und Behinderungen erleiden müssen.

Ich glaube, es gibt niemanden in diesem Saal, der diesen Worten von Minister Genscher nicht beipflichten würde. Gerade deswegen war unsere Kommission der Auffassung, daß in unserer Stellungnahme auf diese schweren Verletzungen der Menschenrechte im Rahmen der KSZE-Schlußakte hingewiesen werden muß. Ich versage mir jetzt die Aufzählung von Einzelheiten und nehme insoweit auf jene zusätzliche Stellungnahme Bezug.

In dem Resolutionsentwurf, den der Kollege Lied vorgelegt hat und den sich die Politische Kommission zu eigen gemacht hat, ist auf dieses unser Bemühen Rücksicht genommen worden. In diesem Resolutionsentwurf sind in der Nr. 3 und in den Buchstaben d und e der Nr. 7 wenigstens in knappen Sätzen die Forderungen bekräftigt worden, die unsere Kommission in ihrer Stellungnahme erhoben hat.

Aber ich glaube, es tut not, einen Punkt an dieser Stelle herauszuheben, und das ist die **Situation in Polen**. Polen ist zu einem wichtigen Prüfstein des

Vertrauens zwischen den westlichen und den östlichen Staaten geworden. Das gilt um so mehr, als es in Polen vor allem — neben vielen anderen wichtigen Dingen — um eine ganz grundlegende Freiheitsordnung, um ganz grundlegende Menschenrechte, nämlich um die **gewerkschaftlichen Freiheiten** geht. Die gewerkschaftlichen Freiheiten sind in Polen seit dem Kriege — und auch nach dessen formaler Suspendierung — nach wie vor unterdrückt, ja, sie werden mit Füßen getreten. Die Tatsache, daß sich Lech Walesa wieder in Freiheit befindet, aber unter strengen Überwachungsmaßnahmen und Auflagen, ändert daran nichts.

An dieser Stelle ist ein ernstes Wort an unsere Regierungen zu richten. Was in dem Entwurf für ein Schlußdokument, der in Madrid vorliegt, zu diesem Punkt gesagt wird, ist zumindest problematisch. Es unterwirft, wenn auch auf die internationalen Verpflichtungen Bezug genommen wird, die Ausübung des Freiheitsrechts der Gewerkschaften der nationalen Gesetzgebung. Das schafft zumindest einen neuen offenen Dissens und gibt der Regierung in Polen die Möglichkeit, sich der Verpflichtung zu entziehen, die sie in Helsinki eingegangen ist. Deswegen war es die einmütige Auffassung unserer Kommission, daß, wenn ein solches Schlußdokument einen Sinn haben soll, eine Anstrengung unternommen werden sollte, die östlichen Teilnehmerstaaten dazu aufzufordern, in Polen zu dem zurückzukehren, was in Danzig vereinbart war, um wenigstens eine Grundlage für gegenseitiges Vertrauen zu schaffen.

Mit diesen Ergänzungen und mit diesen zusätzlichen Wünschen und Forderungen, meinen wir, muß sich diese Versammlung Gehör verschaffen, damit sie einen Appell für Freiheit, Menschenrechte und gegenseitiges Vertrauen nach Madrid entsenden kann, wo es um die Zukunft unserer Völker geht. — Ich bedanke mich.

Donnerstag, 28. April 1983

Tagesordnungspunkt:

**Allgemeine Politik des Europarates
— Die Ost-West-Beziehungen —**

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Entspannungspolitik befindet sich in einer außerordentlich krisenhaften Situation. Es mag mehrere Ursachen dafür geben; auf zwei möchte ich besonders hinweisen: Zum einen stagniert die Politik der vertrauensbildenden Maßnahmen, ja sie hat in den letzten Jahren sogar gewisse Rückschläge hinnehmen müssen. Zum anderen hat die Sowjetunion eine Überrüstung betrieben, die zu zusätzlichen Belastungen zwischen Ost

und West geführt hat. Ich darf an dieser Stelle den früheren deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt zitieren, der erklärte: Die Sowjetunion hätte diese zusätzliche Raketenrüstung nie betreiben dürfen.

Wenn es nicht zu einer gleichwertigen und kontrollierten Abrüstung zwischen Ost und West kommt, dann habe ich die Befürchtung, daß der politische Entspannungsprozeß — mittelfristig gesehen — am Ende sein wird. Ich darf daran erinnern, daß gerade die **militärische Entspannung** zwischen Ost und West als **Kernstück der Entspannungspolitik** betrachtet worden ist. Beide Teile, der politische wie der militärische, gehören zusammen; man kann sie auf Dauer nicht voneinander trennen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß in einer hochgerüsteten Welt mit der Tendenz zu noch mehr und noch gefährlicheren Waffen Entspannungspolitik auf die Dauer wirklich praktiziert werden kann; ich halte das nicht für möglich.

Manche raten uns zu einseitigen Maßnahmen. Ich darf darauf verweisen, daß es sie in der Vergangenheit auf westlicher Seite gegeben hat — allerdings ohne die notwendige Resonanz auf der anderen Seite. Ich kann mir ebenfalls nicht vorstellen, daß ein einseitiger Verzicht auf eine Politik des militärischen Gleichgewichts auf die Dauer zu mehr Frieden und mehr Sicherheit führen könnte. Die Erfahrung zeigt: Die Sowjetunion honoriert Einseitigkeit nicht. Wenn man nach den Ursachen fragt, muß man sich immer darüber im klaren sein, daß in der sowjetischen Politik die Ideologie eine außerordentlich große Rolle spielt. Einseitige Maßnahmen auf unserer Seite werden — man braucht sich da nicht zu wundern — offensichtlich als Ausdruck westlicher Dekadenz und Schwäche gedeutet.

Einseitigkeit reicht leider nicht aus. Zur Bewahrung des Friedens müssen alle diejenigen beitragen, die direkt am Spannungsverhältnis Ost-West beteiligt sind, also auch die Sowjetunion und natürlich wir ebenfalls. Mit der einseitigen Abrüstung des Westens wäre es so, als wollte jemand die Kriminalität durch die Abschaffung der Polizei bekämpfen — ein Versuch, der fehlschlagen müßte. Entspannung und Friede sind auf die Dauer nur möglich, wenn unsere Fähigkeit zur Abschreckung glaubhaft erhalten bleibt. Das Eindringen sowjetischer U-Boote in schwedische Hoheitsgewässer in diesen Tagen zeigt sehr deutlich, wie sich die Sowjetunion andernfalls verhalten würde.

Gestern hat der belgische Außenminister Leo Tindemans gesagt, daß der Dialog mit dem Kreml trotz der schwierigen Situation, in der wir uns befänden, weitergeführt werden müsse. Ich stimme dem ausdrücklich zu. Denn was wäre die Alternative? Würden wir mehr Stabilität erreichen, wenn wir uns gegenseitig anschweigen würden? Nein. Der Abbruch des Dialogs würde unsere Sicherheit nicht erhöhen. Ich habe keinen Zweifel, daß wir ihn weiterführen müssen.

Ich möchte mit Nachdruck bekennen: Wir dürfen uns nicht allein auf die Abschreckung verlassen, so notwendig sie zur Zeit ist. Das Niveau des Ab-

schreckungspotentials muß auf die Dauer gesenkt werden; dies wird den Frieden sicherer machen. Dabei wird eine ganz wichtige Rolle spielen, daß die Sowjetunion und selbstverständlich auch wir uns zur gegenseitigen, wirksamen Kontrolle bereitfinden. Die westlichen Staaten haben nichts zu verbergen. Sie haben in der Vergangenheit immer wieder das Moment der Kontrolle in die Verhandlungen eingeführt. Die Sowjetunion ihrerseits hat häufig darauf verwiesen, daß Kontrollen freiwilliger Natur sein müßten; dies reicht nicht aus. Wie gesagt, wir haben nichts zu verbergen. Diese gegenseitige Kontrolle muß stärker in den Mittelpunkt unserer Verhandlungsinitiativen gestellt werden.

Die Sowjetunion hat — deswegen führe ich das aus — in der letzten Zeit einen neuen Vorschlag gemacht, nämlich einen neuen **Nichtangriffspakt zwischen Ost und West**, eine Art Gewaltverzichtserklärung abzuschließen. Ich will dies nicht gering einschätzen, füge aber hinzu, daß es in der Vergangenheit eine ganze Reihe derartiger Erklärungen gegeben hat. Trotzdem haben sich die Spannungen in der letzten Zeit verschärft. Dies führt mich zu dem Resultat, daß zur Stabilisierung des Friedens konkrete Abrüstungsschritte erforderlich sind. Es reicht nicht aus, sich auf einem Papier in bezug auf die Prinzipien zu verständigen. Was wir jetzt nötig haben, sind konkrete Schritte, und diese müssen dazu führen, daß das Niveau der militärischen Fähigkeiten beider Seiten gleichwertig gesenkt wird. Wenn wir das zustande brächten, hätten wir dem Frieden einen riesigen Dienst erwiesen.

Ich bin überzeugt, daß die Verteidigungsbemühungen der westlichen Staaten, besonders die des Bündnisses, in der Führung der Sowjetunion keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß eine militärische Aggression gegen uns ein tödliches Risiko beinhaltet. Daher habe ich persönlich keinen Zweifel, daß heute in Mitteleuropa keine akute Kriegsgefahr besteht, obwohl die Öffentlichkeit, zum Teil jedenfalls, offensichtlich völlig anders denkt. Ich glaube nicht, daß man sich einen Dienst erweist, wenn man sich in eine Situation der Panik hineinversetzen läßt. Ich sehe jedoch eine andere Gefahr, und diese möchte ich hier hervorheben.

Nach meiner festen Überzeugung haben wir in den vergangenen Jahren die **ideologische und geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus** vernachlässigt. Wir haben, wie ich finde, eine sehr merkwürdige Situation. Während der Warschauer Pakt und seine Hilfsorgane in Westeuropa diese Art der Auseinandersetzung sehr aggressiv und massiv betreibt, sehen wir in der westlichen Welt an diesem Konfliktpunkt weitgehend vorbei. Wohlgemerkt: ich rede nicht dem Kalten Krieg das Wort. Der Kalte Krieg unterscheidet sich von dieser Auseinandersetzung in Form und Inhalt sehr prinzipiell. Geistige und ideologische Auseinandersetzung einerseits und Kalter Krieg andererseits haben miteinander so wenig zu tun, wie ein Segelflieger mit einem Jumbo-Jet. Ich befürchte, der Verzicht auf die geistige und ideologische Auseinandersetzung wird für die westlichen Demokratien auf die Dauer tödlich sein. Er führt nämlich zur politischen und

geistigen Aushöhlung der westlichen Staaten. Dieser Verzicht unterspült die Säulen unserer politischen Prinzipien.

Wenn wir diese Vernachlässigung weiter betreiben sollten, wird sie uns sowohl im Innern unserer Staaten als auch nach außen politisch lähmen. Es könnte eine Situation eintreten, in der die westlichen Demokratien trotz eines aufwendigen, effizienten militärischen Verteidigungsapparats dem Warschauer Pakt wie ein reifer Apfel in den Schoß fallen. Dies muß man verhindern.

Wir brauchen diese Auseinandersetzung nicht zu fürchten. Die gewaltige Kraft der persönlichen Freiheit, aber auch der Gerechtigkeit ist auf unserer Seite. Wir können diese Auseinandersetzung immer bestehen, weil wir die besseren Antworten auf die Fragen haben, die das Zusammenleben der Menschen stellt. Wir können mit der Kraft der geistigen und politischen Moral kämpfen, aber wir müssen diese Auseinandersetzung eben führen und dürfen nicht auf sie verzichten.

Ich brauche in diesem erlauchten Kreis nicht zu sagen, daß gerade in diesem Punkt der Europarat eine besondere Bedeutung hat. Immerhin ist er der größte Zusammenschluß demokratischer Staaten in der westlichen Welt. Ich kann nur sehr herzlich die Bitte äußern, daß wir uns der Verantwortung, die sich hieraus ergibt, nicht entziehen.

Ich möchte hier nunmehr ein persönliches Wort anschließen. Dies wird meine letzte Rede im Europarat sein. Ich muß mich eben den Argumenten meiner Ärzte beugen. Ich bin mehr als zehn Jahre in dieser Versammlung tätig gewesen: als einfaches Mitglied, als Obmann der deutschen Sozialdemokraten hier, als stellvertretender Leiter der deutschen Delegation, als Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung. Ich möchte in dieser Minute nicht verschweigen — und ich tue dies aus vollstem Herzen —, daß der Europarat mir außerordentlich viel gegeben hat. Ich danke Ihnen allen dafür sehr herzlich. Ich wünsche Ihnen persönlich und dem Europarat viel Erfolg und eine friedliche Zukunft.

Herzlichen Dank!

Der amtierende Präsident Budtz (Dänemark) dankt Abg. Dr. Geßner für seine anspornenden Worte an die Versammlung sowie für seine langjährige Mitarbeit.

Rösch (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich entschuldigen, daß ich heute morgen, als ich aufgerufen wurde, nicht im Saal war. Das lag daran, daß die Rednerliste geändert wurde und mein Freund und Kollege Geßner mit mir getauscht wurde. Ich hatte angenommen, ich käme später dran. Ich bitte also um Entschuldigung.

Verehrte Kollegen, der Bericht von Herrn Lied hat neben den vielen positiven Seiten, die hier herausgearbeitet wurden, meiner Meinung nach den Mangel, daß einige Punkte nicht ausreichend dargestellt

sind. Zum Beispiel sind die **Probleme der deutsch-deutschen Situation** unzureichend oder nahezu überhaupt nicht erwähnt.

Verehrte Kollegen, es ist nahezu ausgeschlossen, die Ost-West-Beziehungen hinreichend zu beschreiben und über Lösungs- und Verhandlungsmöglichkeiten nachzudenken und dabei das Problem meines geteilten Vaterlandes aus der Betrachtung zu lassen. Ich glaube, daß es nicht möglich sein wird, in der künftigen Entwicklung Europas und beim Abbau der Waffen ein weiteres Aufeinander-Zukommen zu ermöglichen, ohne daß das, was wir die deutsche Frage nennen, einer Lösung näherkommt. In diesem Zusammenhang haben der Europarat und die europäischen Gremien eine wichtige, konstitutive Aufgabe. Denn eine Vereinigung Deutschlands und die Befreiung von 17 Millionen Deutschen aus der Unfreiheit ist nur im Rahmen einer europäischen Gesamtlösung denkbar. Deswegen spielt dieser Bereich in dieser Parlamentarischen Versammlung eine so große Rolle, daß ein Bericht, der ihn nicht mit einschließt, nicht ausreichend ist. Für uns gilt als Reihenfolge unserer politischen Ziele: erstens Freiheit, zweitens Frieden, drittens Wiedervereinigung. Das bedeutet, wir sind in erster Linie für Freiheit und sind auch bereit, die Freiheit militärisch zu verteidigen; also keinen Frieden ohne Freiheit. Wir sind andererseits der Meinung, daß die Vereinigung Deutschlands und die Befreiung unserer Landsleute nur mit friedlichen Mitteln zu erreichen ist; deswegen die Reihenfolge: Freiheit, Frieden, Wiedervereinigung. Aber glauben Sie mir, es wird in diesem Bereich keinen spürbaren Fortschritt ohne eine Lösung dieses Problems geben. Ich kann nicht verstehen, warum der Berichterstatte diesen Bereich aus der Betrachtung läßt.

Zweitens. Ein weiteres zunehmend wichtiges Thema in Europa, das im Zusammenhang der Ost-West-Beziehungen nicht ausreichend dargestellt ist, ist die **Verschmutzung der Umwelt**. Verehrte Kollegen, was im Bereich der Verschmutzung der Umwelt in Mitteleuropa passiert, was an Müllfracht über die europäischen Flüsse zu uns gelangt, was mit dem Wind an Gift zu uns getragen wird, das dann zu dem sauren Regen führt, der einer der Ursachen für das Wäldersterben ist, muß zunehmend in die Verhandlungen zwischen Ost und West aufgenommen werden. Es kann nicht sein, daß auf der einen Seite des Eisernen Vorhangs, nämlich bei uns, mit Milliardenbeträgen und unter größten Anstrengungen die Sicherung unserer Umwelt betrieben wird, während auf der anderen Seite, ob das in der DDR oder in der Tschechoslowakei ist, ohne jedes Filter, ohne jede Aufbereitung, ohne jede Einschränkung munter drauflosproduziert wird. Diese Systeme können ja gar nicht anders produzieren, als daß sie in dieser Weise mit der Umwelt umgehen; denn mit ihrer Technologie sind sie ohnehin am Ende.

Drittens, verehrte Kollegen, fehlt mir in dem Bericht der Hinweis darauf, daß in den Beziehungen zueinander auch die **Respektierung der Menschenrechte** ein Thema der Verhandlungen sein muß. Ich will die Gelegenheit dieser Debatte benutzen, Sie

auf das Schicksal der **politischen Gefangenen im Ostblock** hinzuweisen. Ich erlaube mir den Hinweis auf zwei Gefangene, die in einem Gefängnis der Tschechoslowakei für 15 Jahre unter den schlimmsten Bedingungen, die man sich vorstellen kann, unschuldig einsitzen. Ich nehme die Gelegenheit dieser Rede wahr, Freiheit für die Gefangenen Georg Hohl und J. Javorsky von dem tschechoslowakischen Staat zu verlangen. Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, daß wir die Beziehungen zwischen Ost und West einfach ohne die Besprechung dieses Themas lassen. Wenn es möglich ist, Verhandlungen zu führen und bessere Beziehungen in weiten Feldern der Politik zu erreichen, dann muß es auch möglich sein, zu verhindern, daß Staatsbürger westeuropäischer Staaten nach Geheimprozessen, an denen niemand teilnehmen kann, ihr Leben lang in fremden Zuchthäusern sitzen und sie nicht einmal durch unsere Botschaften betreut werden können.

Ich glaube also, hochverehrter Herr Kollege Lied, daß es in dem Bericht ein paar Lücken gibt, und ich nehme an, daß es im Laufe der weiteren Beratung gelingen wird, sie zu füllen und damit den Bericht annehmbar zu machen. Für mich ist er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht annehmbar.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine lieben Kollegen! Zunächst möchte ich einen Satz aufgreifen, der sich in dem Bericht des Kollegen Lied auf Seite 17 befindet. Der Kollege Lied sagt dort, nach seiner Ansicht bestehe das Hauptproblem in den Ost-West-Beziehungen in der Frage des Vertrauens. Ich möchte dies unterstreichen und zugleich darauf hinweisen, daß dieses Vertrauen offensichtlich gerade im letzten Jahrzehnt vor allem von der östlichen Seite systematisch gestört wurde. Wir wissen, daß es den Begriff der Koexistenz der Systeme schon seit Lenin gibt. Wir wissen, daß er unter Stalin aufgenommen wurde. Aber es gab ein gewisses Vertrauen, daß eine neue Politik eingeleitet würde, nämlich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, als in Europa und in der Welt die sogenannte **Politik der Détente** eine Rolle zu spielen begann. Vor allem die westlichen Länder haben darauf in der Zeit der Détente reagiert und in weiten Bereichen der Rüstungspolitik ihre eigenen Anstrengungen in der Hoffnung zurückgestellt, darauf auch im Osten eine entsprechende Antwort zu finden.

In Amerika spielt heute die sogenannte Freeze-Bewegung eine Rolle. Sie erhebt Forderungen, die auf der westlichen Seite bereits in der Vergangenheit in die Wirklichkeit umgesetzt worden sind, und auch die Hoffnungen, die mit der Konferenz und der **Schlußakte von Helsinki** aufgekommen sind, gehen in die gleiche Richtung. Die verschiedenen Körbe der Schlußakte von Helsinki beinhalteten einen Vorschuß an Vertrauen, womit Erwartungen ausgesprochen wurden, die sich leider nicht erfüllten.

Selbst das Entgegenkommen, das man in bestimmten Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen auf westlicher Seite gezeigt hat — ich erinnere nur an zinsgünstige Kredite, die etwa Ostblockstaaten ge-

währt wurden —, hat dort offensichtlich nicht die entsprechende Antwort gefunden.

Lassen Sie mich hier nur ein paar Beispiele anführen. Nur ein Beispiel aus der Rüstungspolitik: Im Zusammenhang mit den SALT-II-Verhandlungen hat es bezüglich der Rolle des Backfire-Bombers einen Briefwechsel zwischen Carter und seinem sowjetischen Partner gegeben. Darin wurde von sowjetischer Seite zugesichert, daß der Backfire-Bomber nicht mit Zusatztanks ausgestattet würde, um ihm eine größere Reichweite zu geben. Wir wissen inzwischen, daß diese Zusicherung von der sowjetischen Seite nicht eingehalten wurde.

Zweiter Punkt: Wir haben in den letzten Jahren eine **Verstärkung der aggressiven Politik der Sowjetunion** erlebt. Über Afghanistan ist viel gesprochen worden. Ich brauche dem nichts hinzuzufügen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch die Politik Vietnams gegenüber Kambodscha erwähnen, die ohne die Billigung und die massive Unterstützung der Sowjetunion nicht möglich gewesen wäre und die eine echte Gefahr für die Entspannung und den Frieden darstellt. Ich darf Ihnen mitteilen, daß dies bei Gesprächen, die Mitglieder der Versammlung der Westeuropäischen Union vor wenigen Tagen in Peking geführt haben, auch von chinesischer Seite mit aller Deutlichkeit herausgestellt wurde.

Weiter wissen wir, daß der freie Meinungsaustausch gestört wird, daß z. B. nach wie vor massiv versucht wird, den Empfang westlicher Radiosendungen zu verhindern, um so in den östlichen Staaten weiterhin eine einseitige Informationspolitik zu ermöglichen.

Und Sie wissen auch, daß speziell in meinem eigenen Land, in Deutschland, an der deutsch-deutschen Grenze die Situation nicht entspannter geworden ist. Die Todesfälle der letzten Tage sind ein Beweis hierfür. Unter den Bürgern geht Angst um. Bürger, die auf Grund von Verträgen, die in der Zeit der Detente ausgehandelt worden sind, von einem Teil Deutschlands in den anderen wechseln, werden bei Verhören offensichtlich so geängstigt, daß sie diese nicht lebend überstehen. Auch das ist ein Zeichen dafür, daß der Geist der Entspannung nicht mehr wirkt.

Was diesen Geist der Entspannung angeht, so macht mir eines große Sorge: daß im östlichen Bereich vor allem Kinder und Jugendliche in verstärktem Maße nicht im Geiste der Entspannung, sondern im Geiste der Spannung erzogen werden. Die vormilitärische Ausbildung und die pflichtmäßige militärische Ausbildung für Schüler und Studenten etwa in der Sowjetunion oder auch in der Deutschen Demokratischen Republik ist in den letzten Jahren verstärkt oder sogar erst neu eingeführt worden. In der DDR spricht man von der **Erziehung zum Haß**. Während man hier im Westen versucht, das Kriegsspielzeug aus dem Verkehr zu ziehen, wird es im Osten propagiert, und der Verteidigungsminister der DDR hat sogar von der Freude gesprochen, die man empfinden kann, wenn in einem Atomkrieg die richtige Sache siegt.

Ich glaube, all das ist kein Beitrag zur Entspannung, sondern genau das Gegenteil. Ich bedaure sehr, daß die Sowjetunion sich nicht an das hält, was sie selbst z. B. symbolisch getan hat, als sie ein Denkmal für den Platz vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York stiftete, ein Denkmal — wir kennen es alle —, das den Titel hat: „Schwelter zu Pflugscharen“. Ich muß leider feststellen, daß dies nur ein Symbol in New York ist, das der Wirklichkeit der Politik der Sowjetunion nicht entspricht. Ja, eigentlich ist die Politik der Sowjetunion genau das Gegenteil hiervon. Ich kann also nur hoffen, daß man sich an die eigenen Erklärungen von früher erinnert und einen Beitrag dazu leistet, die Beziehungen zwischen Ost und West wieder zu verbessern.

Dies kann — ich sage es noch einmal — kein einseitiger Prozeß sein, in dem nur vom Westen Vorleistungen erbracht werden, sondern es muß ein Prozeß sein, der ausgeglichen ist, wenn wirklich Vertrauen zwischen diesen beiden Partnern entstehen soll.

In seinem Schlußwort zur Aussprache über die Ost-West-Beziehungen beantragt der amtierende Vorsitzende des Politischen Ausschusses, Abg. Reddemann, die Rückverweisung des Berichtes an den Politischen Ausschuß:

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Auch ich möchte den Rednern dieser Debatte für ihre Beiträge herzlich danken. Ich darf als amtierender Vorsitzender des Politischen Ausschusses meinen Dank vor allem dem Berichterstatter aussprechen, der uns in sehr kurzer Zeit und unter außerordentlich schwierigen Bedingungen eine hervorragende Debattengrundlage geboten hat. Dabei ist es selbstverständlich, daß er in der kurzen Zeit und im Rahmen seines Auftrags nicht alle die Wünsche erfüllen konnte, die aus der Versammlung heute an ihn herangetragen worden sind.

Meine Damen, meine Herren, niemand von uns hat erwartet, daß wir volle Übereinstimmung erreichen würden. Dafür ist die Thematik zu vielschichtig, dafür gibt es zu viele unterschiedliche Aussagen. Die Notwendigkeit, im Rahmen der Ost-West-Verhandlungen Gespräche in Ost und West zu führen, gibt es seit der Gründung der Sowjetunion. Sie wurde im Grunde eine Auseinandersetzung zwischen einer Demokratie oder einer Vielzahl von Demokratien auf der einen und einer totalitären Macht auf der anderen Seite. Diese Auseinandersetzung ist in ähnlicher Qualität in den 30er Jahren — wenn auch mit anderen Partnern — geführt worden. Vieles von dem, was wir gestern nachmittag und heute hier gehört haben, war der Versuch, die alte Auseinandersetzung zwischen der Hoffnung und der Erfahrung noch einmal zu führen. Je nach dem Standpunkt des Berichterstatters oder des jeweiligen Redners überwog auf der einen Seite die Hoffnung und auf der anderen Seite die Erfahrung.

Ich möchte von dem, was in dieser Debatte gesagt worden ist, nicht viel werten. Doch will ich darauf hinweisen, daß manche kritische Bemerkung, die

an die Adresse unseres Kollegen Lied gegangen ist, aus der Tatsache resultiert, daß er die Meinung des einen oder anderen Redners in seinen Bericht nicht einfließen ließ. Manche kritische Bemerkung richtete sich an den Politischen Ausschuß insgesamt. Wir als Mitglieder des Politischen Ausschusses fühlen uns hier verantwortlich und nehmen die Kritik nicht nur leicht hin zur Kenntnis, sondern betrachten sie als eine wertvolle, wichtige und uns ermutigende Anregung, die wir in die zukünftige Arbeit gern einfließen lassen.

Wir hatten ursprünglich die Absicht, lediglich einen ersten vorläufigen Bericht vorzulegen mit dem Ziele, diesen Bericht in den nächsten Monaten fortzuschreiben. Wir waren uns darüber im klaren, daß die Ost-West-Beziehungen eine Thematik sind, die uns noch sehr lange — wahrscheinlich auch noch sehr lange kontrovers — beschäftigen wird. Im Laufe dieser Debatte und in den vielen Gesprächen, die am Rande der Versammlung stattgefunden haben, haben wir festgestellt, daß die Kollegen Antoni und van den Bergh ähnliche Aufträge ihrer Kommissionen erhalten haben. Deswegen scheint es zweckmäßig, die Debatte, die wir heute begonnen haben, mit einem zusätzlichen Bericht dieser beiden Kollegen und mit einem erweiterten Bericht des Kollegen Lied und des Politischen Ausschusses weiterzuführen.

Ich möchte daher hier, Herr Präsident, die Anregung unseres Generalberichterstatters aufnehmen und im Namen des Politischen Ausschusses darum bitten, daß der Bericht, über den wir heute so intensiv debattiert haben, an den Politischen Ausschuß zurückverwiesen wird. Auch der Bericht, den unser Kollege Jäger für den Ausschuß für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten erstattet hat, sowie die acht Amendments, die Mitglieder unserer Versammlung zu diesem Thema gestellt haben, könnten dann ebenfalls an den Politischen Ausschuß überwiesen werden. Auf der Grundlage dieser vielfältigen Anregungen hätten wir dann die Möglichkeit, der Versammlung einen erweiterten und möglichst viele Punkte umfassenden Bericht vorzulegen.

Wir wissen, daß wir nicht alles das, was in dieser Debatte vorgetragen worden ist, in den Bericht und in den Resolutionsentwurf aufnehmen können. Denn vieles von dem, was hier gesagt worden ist, ist auf Grund der unterschiedlichen Auffassungen zu diesem Thema ganz zwangsläufig konträr. Nach unserer Meinung aber sollten wir versuchen, für die künftige Debatte in dieser Versammlung ein möglichst hohes Maß an Gemeinsamkeit zu erarbeiten.

Unser Kollege Manfred Gessner, der heute seine letzte Rede in unserer Versammlung hielt, hat uns dabei, so glaube ich, einen Weg gewiesen. Er hat klargemacht, daß es möglich ist, in Verhandlungen mit der Regierung einer totalitären Macht demokratische Grundsatztreue mit Flexibilität in der Sache zu verbinden. Er hat uns des weiteren klargemacht, daß man keineswegs in Schwierigkeiten gerät, wenn man in der Sache hart, im Ton jedoch moderat bleibt.

Wenn diese Vorstellungen, so wie er sie entwickelt hat, die Grundlage unserer weiteren Arbeit sind, dann bin ich davon überzeugt, daß wir in absehbarer Zeit eine neue und noch fruchtbarere Debatte zum Thema der Ost-West-Beziehungen führen können. Daher meine Bitte im Namen des Politischen Ausschusses, uns die bereits begonnene Arbeit noch einmal zu überweisen, damit wir sie der Versammlung in erweiterter und verbesserter Form wieder vorlegen.

Schlußwort des Berichterstatters des Ausschusses für die europäischen Nichtmitgliedstaaten:

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren Kollegen! Der Bericht des Kollegen Lied hat zu einer nicht nur umfassenden, sondern, wie ich glaube, auch außerordentlich tiefgehenden und wichtigen Debatte geführt, auch wenn nunmehr der Kollege Berichterstatter und der Vorsitzende der Politischen Kommission selber die Anregung geben, diesen Bericht noch einmal zu überarbeiten und zu erweitern. Lassen Sie mich nur mit einigen wenigen Bemerkungen, die ich den Kollegen des Politischen Ausschusses für ihre erneuten Beratungen gern mit auf den Weg geben möchte, auf einige Kernfragen eingehen.

Da ist zum ersten die Kernfrage, auf die die Frau Kollegin Aasen in ihrem Beitrag hingewiesen hat, die Frage nämlich, wie man den Widerspruch auflösen kann, daß die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, die die Ost-West-Beziehungen in umfassender Weise regeln sollten, auf der einen Seite die bestehenden Systeme nicht ändern können, aber auf der anderen Seite Verbesserungen und Erleichterungen für die Menschen bringen sollten; so haben wir es ja alle gesagt, so haben wir es gesehen, und so haben wir zu handeln versucht. Aber wir alle haben darüber nicht bemerkt, daß genau diese Aufgabe, die dem **Helsinki-Prozeß** gegeben war, im Grunde diese Formel gesprengt hat. Wir haben doch die Erfahrung machen müssen, daß der Versuch, etwas für die Menschen zu tun, und seien es auch bloß kleine Erleichterungen des Alltags, totalitäre Regime ändern muß. Totalitäre Regime, die Bürgern Ausreiseerleichterungen geben müssen, die Informationserleichterungen geben müssen, die Hafterleichterungen geben müssen, die Erleichterungen für den Besuch von Freunden und Verwandten geben müssen, können nicht so bleiben, wie sie bisher waren, sondern müssen sich ändern. Genau hier liegt die eigentliche große Schwierigkeit, auf die wir im Ost-West-Verhältnis in Europa stoßen. Aber die Staaten, die in Helsinki unterzeichnet haben, müssen zu ihrem Wort stehen. Daran führt kein Weg vorbei. Niemand hat sie gezwungen, die Schlußakte zu unterzeichnen. Sie alle haben sie freiwillig unterschrieben. An diesem Wort müssen wir alle Staaten festhalten. Nur wenn das verwirklicht wird, was in dieser Schlußakte steht, kann jenes Vertrauen wachsen, dessen Schaffung die ganze Versammlung in allen Beiträgen immer wieder mit großem Nachdruck gefordert hat.

Einen zweiten Punkt möchte ich den Kollegen der Politischen Kommission als eine Art Resümee aus

dieser Debatte mit auf den Weg geben. Keine Forderung wurde von den Rednern so oft erhoben wie die, den **Dialog zwischen Ost und West** nicht einschlafen zu lassen, nicht verschwinden zu lassen, sondern ihn aufzunehmen, ihn zu verlebendigen und ihn zu vertiefen. Ich teile die Auffassung, daß dies so nachhaltig wie möglich **auf allen Ebenen** geschehen muß. Ohne diesen Dialog läßt sich in den Ost-West-Beziehungen nichts tun. Aber — das füge ich ausdrücklich hinzu — dieser Dialog darf kein diplomatischer Dialog auf der Ebene der Diplomaten oder vielleicht noch auf der Ebene der Vertreter von Wirtschaft, von Handel und Gewerbe bleiben, sondern dieser Dialog muß ein Dialog der Menschen werden können. Das bedeutet, daß alle Teilnehmerstaaten in Ost und West ihren Beitrag zur Erleichterung dieses Dialogs zwischen allen Menschen leisten müssen. Ich kann nur all den Rednern beipflichten, die mit großem Nachdruck gefordert haben, daß etwa denjenigen, die für Frieden und Abrüstung in der Öffentlichkeit eintreten, in den Staaten des Ostens endlich die Freiheit eingeräumt wird, genau wie bei uns auf die Straßen und Plätze zu ziehen und ihre Meinung genauso frei und ohne Angst vor Verfolgung zu vertreten, wie sie das bei uns ganz selbstverständlich tun können.

Schließlich gehört es zu diesem Dialog — der Kollege Gessner hat das in seinem Beitrag zum Ausdruck gebracht —, daß wir die geistige Auseinandersetzung miteinander und untereinander führen können, ja, führen müssen. Diese geistige Auseinandersetzung von uns mit dem Marxismus-Leninismus und umgekehrt die von denen mit uns gehört zum Kern dieses Dialoges. Der darf nicht mit Haftbefehlen und Handschellen geführt werden, der muß mit dem Wort von Mensch zu Mensch geführt werden. Deswegen gehört mehr Freiheit der Meinung, mehr Freiheit der Information als selbstverständliche Grundlage zum Friedensdialog zwischen Ost und West.

Wenn diese Debatte, wenn das, was aus ihr entsteht, und wenn der neue Bericht, den wir dann im Herbst debattieren werden, diesen entscheidenden Grundlagen neben den militärischen Problemen, die wir da behandeln, genügend breiten Raum geben, dann hat die heutige Debatte sehr wohl ihren Sinn gehabt und auch ein Stück Beitrag zu einem Frieden in Freiheit und zu Verständigung zwischen West und Ost geleistet. — Ich danke Ihnen.

Der Antrag auf Rückverweisung des Berichtes an den Politischen Ausschuß wird einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt:

Entwurf einer Europäischen Konvention zum Schutz von Tieren bei Experimenten

(Dokument 5049)

Berichterstatter: Abg. Bassinet

(Themen: Der Konventionsentwurf und die Empfehlung 621 (1971) der Versammlung betr. Probleme, die sich aus der Verwendung von lebenden Tieren zu

experimentellen und industriellen Zwecken ergeben — Der Konventionsentwurf als schrittweise anzupassendes Instrument — Änderungsvorschläge zum Konventionstext)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! In diesen Tagen hat ein Film acht Oscars bekommen, der einem Mann gewidmet ist, von dem ich zu Beginn meiner Rede ein Zitat bringen will, nämlich Mahatma Gandhi. Mahatma Gandhi hat einmal gesagt, daß das schwärzeste aller Verbrechen, das der Mensch begeht, dasjenige ist, daß er Tiere für Versuche tötet.

Mit dieser Frage haben wir uns heute zu beschäftigen. Wir haben über eine europäische Konvention zu beraten, die auch am 8. und 9. Dezember letzten Jahres hier in diesem Saal in einem Hearing diskutiert wurde, sehr kontrovers, wie diejenigen wissen, die dabei waren.

Nur 14 der 21 Mitgliedsländer des Europarates haben gesetzliche Regelungen — meistens noch dazu veraltete gesetzliche Regelungen —, die sich mit Fragen der Tierexperimente beschäftigen, und es könnte sein, daß eine solche **Konvention**, die **Mindestregelungen** vorsieht, besser ist als gar keine Regelung auf dem europäischen Gebiet.

Wenn ich dies sage, muß ich allerdings schon etwas zögern. Denn in der Form, in der der Entwurf vorliegt — und ich berücksichtige jetzt nicht das, was der Wissenschaftsausschuß hier noch als Ergänzung bringt und was auch von Kollegen in Änderungsanträgen vorgeschlagen wurde —, birgt er möglicherweise auch die Gefahr in sich, daß man über das große Problem des Tierversuchs zur Tagesordnung übergeht und wieder einmal vergißt, wieviel Unrecht — meiner Meinung nach — auf diesem Gebiet geschieht.

Wir wissen, daß zu einem großen Teil die Gesetzgeber, also wir selbst in den nationalen Parlamenten, mit daran schuld sind, daß es eine **große Zahl überflüssiger und grausamer Tierversuche** gibt. Ich denke etwa an das Chemikaliengesetz in der Bundesrepublik Deutschland. Wir wissen, daß es Vorschriften wie den LD-50-Test gibt, der vorsieht, daß 50% der für diese Versuche verwendeten Tiere — auch Tiere höherer Arten — getötet werden, eine Versuchsreihe, deren Wert sehr umstritten ist. Ich möchte hier nicht irgendwelche Tierschutzorganisationen zitieren, die man in dieser Frage vielleicht als Partei betrachten könnte, sondern den Tätigkeitsbericht des Bundesgesundheitsamtes der Bundesrepublik Deutschland, in dem festgestellt wird, daß vergleichende Untersuchungen zur exakten Bestimmung der LD 50 den schon lange diskutierten Verdacht bestätigen, daß diese Kenngröße pseudo-exakte Daten liefert. Das heißt nichts anderes, als daß Tiere umgebracht werden, um wissenschaftlich irrelevante Daten zur Verfügung zu haben. Ich könnte hier viele Beispiele von Untersuchungen anführen, die gemacht werden, obwohl sie völlig zwecklos sein müssen, weil die erwarteten Ergeb-

nisse gar nicht herauskommen können und weil man von ganz falschen Voraussetzungen ausgeht.

In der Vergangenheit hat sich übrigens gezeigt, daß derartige Tierversuche durchaus keine Sicherheit der auf ihrer Grundlage hergestellten Arzneimittel gewährleisten. Mir liegt hier die von einem deutschen Universitätsprofessor aufgestellte Liste von zehn bekannten und bedeutenden Arzneimitteln vor — das bekannteste ist Contergan —, die alle durch Tierexperimente geprüft worden sind, sich später aber als für den Menschen sehr gefährlich erwiesen haben. Das zeigt, daß wir in diesem Bereich mit dem, was wir gesetzlich zulassen, sehr vorsichtig sein müssen.

Was die Grausamkeit betrifft, meine sehr verehrten Kollegen, so möchte ich Sie nicht mit all den Materialien konfrontieren, die mir hier vorliegen. Darunter befindet sich etwa ein Katalog der Firma Harvard-Bio-Science, in dem Geräte für Tierexperimente vorgestellt werden, denen man schon äußerlich den quälerischen Charakter ansieht und bei denen eben, wenn ich es einmal so formulieren darf, der Profit eine Rolle spielt. Da wird z. B. auch eine Enthauptungsmaschine für Hunde aufgeführt und sinnigerweise wird in dem Katalog noch bemerkt, daß derartige Maschinen nur für Tiere und nicht für Menschen verwendet werden dürfen.

Oder ein anderes Beweisstück: Da werden für die Chirurgie Experimente mit Beagle-Hunden gemacht. Dabei werden 30% der Körperoberfläche dieser Tiere künstlich mit Flammenwerfern verbrannt. Das hat mit nützlichen Experimenten nichts mehr zu tun, sondern das ist etwas, was auch von Politikern in aller Deutlichkeit angesprochen und abgelehnt werden muß.

Wenn der Kollege Bassinet vorhin in seinen Einführungsworten gesagt hat, daß die Parlamentarier sich keine Eingriffe in den wissenschaftlichen Bereich erlauben dürften, so muß ich sagen, daß ich hier anderer Meinung bin. Es hat schon Zeiten gegeben, in denen unter dem Vorwand der wissenschaftlichen Forschung Experimente am Menschen durchgeführt worden sind — in Unrechtsstaaten —, wo man die gleiche Begründung hätte anführen können. Ich glaube, man muß im Zusammenhang mit den Tierexperimenten auch das ethische Element, die **ethische Verantwortung**, die der Mensch gegenüber den Tieren hat, in die Debatte einführen. Insofern bedaure ich es, daß in diesem Entwurf nicht mehr über alternative Methoden ausgesagt wird.

Hier könnte uns das amerikanische Repräsentantenhaus ein Beispiel geben, das ja bekanntlich unter dem Aktenzeichen HR 556 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hat, nach dem für **alternative Tierversuche** mehr getan werden soll. Das wäre ein Beispiel, das wir in Europa aufnehmen könnten.

Und ich darf auch noch einen Professor der Chirurgie zitieren, der selbst Tierversuche gemacht und später zugegeben hat, das, was er damit bewirkt habe, hätte er auch aus der Literatur entnehmen

können; er habe diese Tierversuche eigentlich nur gemacht, um schneller Professor zu werden.

Wir sehen, daß es abgesehen von dem ernsthaften und notwendigen Tierversuch — ich möchte hier nicht mißverstanden werden — eine große Grauzone gibt, in der nicht genügend Kontrolle vorhanden ist, in der Mißbrauch getrieben wird und in der das Tier gelegentlich nur ein nützliches Objekt zur Befriedigung menschlichen Ehrgeizes darstellt.

Vielleicht darf ich hier noch das Zitat eines deutschen Professors bringen, eines Physiologen der Marburger Universität, Herbert Hensel. Er hat gesagt, die Verhältnisse bei Tierversuchen seien ungünstiger als bei einem Glückspiel, da bei diesem die Erfolgchancen abschätzbar seien. Diese Aussage macht deutlich, welche Verantwortung uns als Parlamentarier hier trifft. Sie zeigt, daß wir bei unseren Entscheidungen sehr sorgfältig vorgehen müssen.

Für mich persönlich darf ich daher folgendes sagen. Ich könnte diesem Entwurf nur zustimmen, wenn die entsprechenden Änderungsanträge die vor allem von einem italienischen Kollegen gestellt worden sind, angenommen werden. Andernfalls würden wir, meine ich, hier unserer ethischen Verantwortung nicht gerecht und würden diese Gelegenheit auslassen, in der Frage des Tierversuchs, was die menschliche Verantwortung betrifft, deutliche Zeichen zu setzen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Zitat bringen, nicht von einem Physiologen, sondern von einem Nobelpreisträger der Literatur, von Elias Canetti, der 1981 über Tiere geschrieben hat: „In der Geschichte ist viel zu wenig von Tieren die Rede; die Wissenschaft hat sich verraten, indem sie sich zum Selbstzweck gemacht hat. Sie ist zur Religion geworden, zur Religion des Tötens, und sie will weismachen, daß es von den traditionellen Religionen des Sterbens zu dieser Religion des Tötens ein Fortschritt ist. Es ist nicht gut, daß die Tiere so billig sind.“

Freitag, 29. April 1983

Tagesordnungspunkt:

Entwurf einer Europäischen Konvention zum Schutz von Tieren bei Experimenten

(Fortsetzung der Aussprache)

Rösch(FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Nobelpreisträger Dr. Robert Koch sagte: Ein Tierversuch gibt nie sichere Indikationen auf das Ergebnis desselben Experiments.

Professor Dr. von Niemeyer, ein berühmter deutscher Arzt, sagte: Die Tierversuche mit Medikamenten sind trotz ihres wissenschaftlichen Werts ganz

unfruchtbar geblieben für die Behandlung von Krankheiten. Im großen und ganzen sind die Ärzte am Krankenbett heute um kein Haar besser gewappnet, als sie es vor 50 Jahren gewesen sind.

Dr. Erwin Liek, einer der bekanntesten deutschen Chirurgen, sagte: Dem jungen Mediziner wird weismacht, gesunde und kranke Menschen reagierten auf die gleiche Weise wie Tiere, die zu Experimentaltzwecken verwendet werden. Diese falsche Vorstellung hat der Heilkunst und den Patienten sehr geschadet.

Dr. Abel Dejardin, Präsident der Chirurgischen Gesellschaft von Paris, Professor der Chirurgie an der Ecole Normale Supérieure, sagte: Ich kenne keinen einzigen guten Chirurgen, der von der Vivisektion etwas gelernt hat.

Ich kann diese Zitate, die alle von bekannten und berühmten Ärzten stammen, beliebig fortsetzen. Sie stammen von Leuten, denen man zu vertrauen kann, daß sie auf Grund ihrer beruflichen Erfahrung durchaus die Fähigkeit besitzen, diese Dinge zu bewerten, zumindest sind es ernst zu nehmende Stimmen. Deshalb verwahre ich mich dagegen, daß diejenigen, die die Tierversuche verhindern oder deren Anzahl verringern wollen, nun böseartig als aufgebrachte, gefühlsduselige Emotionalisten hingestellt werden, denen man Wissenschaftlichkeit, Verstand, Vernunft und Ruhe entgegensetzen müsse; denn es seien ja alles nicht ernst zu nehmende Leute. Verehrte Kollegen, man macht es sich zu leicht, wenn man versucht, die Einwände, die gegen Tierversuche vorgetragen werden, auf diese Weise zu entkräften.

Verehrte Kollegen, viele von uns haben zu diesem Thema eine große Anzahl von Briefen bekommen. Und ich frage Sie: Sind diejenigen, die gestern vor dem Haus gestanden haben, in ihrer Hilflosigkeit nicht sympathisch? Wie groß ist eigentlich der Einfluß dieser Tierfreunde im Verhältnis zum Einfluß der Pharmaindustrie? Dabei geht es hier gar nicht darum, zu sagen, man müsse die Pharmaindustrie vernichten, man brauche sie nicht, um auf den verehrten Kollegen Garrett einzugehen. Aber, meine Damen und Herren, ist es nicht so, daß hier in einigen Vorreden das Kräfteverhältnis zwischen den Gegnern und Befürwortern von Tierversuchen sowie deren Macht und Möglichkeiten verzerrt dargestellt worden sind?

Verehrte Kollegen, es gibt zu dem Thema, das wir hier heute behandeln, sehr viele Argumente auch von Medizinern, es gibt sehr viele Argumente von Tierschützern. Nicht zuletzt aber gibt es in diesem Zusammenhang auch das Argument des Respekts vor dem Leben der Kreatur. Verehrte Kollegen, es ist nicht zu leugnen — hier und nirgendwo sonst —, daß im Bereich der Tierversuche schlimme Grausamkeiten passieren, die zwar im Namen der Gesundheit des Menschen vorgenommen werden, die aber nicht zu sein bräuchten. So haben wir uns im Deutschen Bundestag einreden lassen, wir müßten die Arzneimittelbestimmungen dadurch verschärfen, daß wir umfangreiche Prüfungen verlangen. Damit haben wir natürlich auch die Anzahl der

Tierversuche in einer derartigen Weise erhöht, daß man sagen kann, es ist an der Zeit, das einzustellen; denn so etwas ist mit keinem Argument vertretbar.

Aber, verehrte Kollegen, es handelt sich nicht nur um die Diskussion der Tierschützer, bei der es um den Respekt vor dem Tier geht; es ist natürlich auch eine Diskussion vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung über Wege der Medizin. Die Leidenschaftlichkeit dieser Diskussion ist auch deshalb so groß, weil sehr viele Menschen sagen: Mit der bisherigen pharmazeutischen, synthetischen Medizin sind wir in den wesentlichen Krankheiten, die die Menschen bedrücken, wie Krebs, Bluthochdruck und anderen, nicht weitergekommen; es ist notwendig, anderen Behandlungsmethoden die Tür aufzumachen, alternativen Behandlungsmethoden, wie z. B. biologischen — wie es bei uns heißt: homöopathischen — oder psychosomatischen Behandlungsmethoden. Nun steht außer Frage, daß ein Parlament nicht darüber entscheiden kann, welche Behandlungsmethode und welcher medizinische Weg der richtige ist. Aber richtig ist auch, daß ein Parlament, daß ein Staat nicht einseitig den alternativen Methoden im Grunde genommen Chancen verbauen darf. Deshalb spielt sich diese Diskussion vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Einstellung zu unserer gegenwärtigen Medizin ab, und darum ist in dieser Diskussion auch alles so angespannt.

Aber, verehrte Kollegen, wir wissen um die Grauzone des Mißbrauchs. Wir wissen um Massentötungen und Tierquälerei. Wir wissen um gemeinste Vernichtung. Wir versuchen das mit dem Hinweis zu erklären, das sei im Interesse der Menschheit notwendig. Nun gibt es sicher Bereiche, in denen es im Interesse der Menschen vertretbar ist, Derartiges zu tun. Aber das, was geschieht, steht zu dem, was nötig ist, vielleicht im Verhältnis von 10 : 1. Die vorliegende Resolution hatte in der ursprünglichen Fassung unter der Verantwortung der Kollegin Aner noch andere Konturen. Wir sind dabei, gewissermaßen unser schlechtes Gewissen zu beruhigen, indem wir sagen: Na ja, damit erhöhen wir wenigstens den Level in Ländern, die bisher überhaupt keine Begrenzungen auf diesem Gebiet haben. Wir vergessen dabei, daß das zu zweierlei führt: In Ländern, in denen der Level bisher höher ist, kommt es zu einer Nivellierung, und in anderen Ländern, in denen man parlamentarisch den Versuch macht, den Level zu erhöhen, wird diesem Versuch mit dem Argument begegnet werden, es gebe ja nun in Europa eine Konvention, und da sei man immerhin noch im Rahmen der Norm.

Weil dies so ist, kann ich mich nicht hinter die vorliegende Konvention stellen, es sei denn — ich kann das mit dem Kollegen Müller sagen —, es wäre möglich, die Änderungsanträge anzunehmen oder die Dinge in einer weiteren Anhörung ein Stück zu vertiefen und zu verbreitern mit der Folge, daß wir in der nächsten Sitzung vielleicht eine befriedigendere Vorlage zur Entscheidung hätten. Verehrte Kollegen, ich erlaube mir, an Sie zu appellieren, aus welcher politischen Gruppierung Sie auch kommen:

Dies ist nicht die Diskussion Gefühl gegen Verstand, sondern eine Diskussion über die Frage: Haben wir Respekt vor der Schöpfung? — Vielen Dank. (Beifall)

Wegen fehlenden Quorums wird die Abstimmung über den in Dokument 5049 enthaltenen Empfehlungsentwurf auf die Herbstsitzung der Versammlung verschoben.

Tagesordnungspunkt:

1983 — Das Jahr der Klein- und Mittelbetriebe und des Handwerks

(Dokument 5055)

Berichterstatter: Dr. Vohrer

(Themen: Bisherige Arbeiten des Europarats — Das Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften — Bericht der OECD über Innovation in Klein- und Mittelbetrieben)

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Meine verehrten Kollegen! Wenn wir heute noch einmal über kleine und mittlere Betriebe sprechen, dann tun wir das nicht aus ideologischen Gründen und auch nicht deshalb, weil wir der Ansicht sind, daß small beautiful sei. Wir tun das vielmehr deshalb, weil es eine Initiative des Europäischen Parlaments gibt, wonach das Jahr 1983 das Jahr der kleinen und mittleren Betriebe sein soll. Wir zeigen mit dieser Debatte und mit dem Bericht, den wir vorlegen, daß wir diese Idee unterstützen, und zwar nicht nur in den 10 Ländern der EG, sondern auch in den 21 Ländern des Europarats.

Zu Anfang möchte ich kurz andeuten, daß die kleinen und mittleren Betriebe für unser Wirtschaftsleben von größter Bedeutung sind. In unseren 21 Mitgliedstaaten sind mehr als 90 % der wirtschaftlichen Betriebe kleine und mittlere; nur ein verschwindend kleiner Anteil der Unternehmungen besteht aus sogenannten großen Unternehmungen mit mehr als 500 Arbeitnehmern.

Die kleinen und mittleren Unternehmungen sind ordnungspolitisch von größter Bedeutung. Marktwirtschaft, zu der wir uns ja bekennen, kann nur funktionieren, wenn kleine und mittlere Unternehmen existieren können. Wenn die Demokratie die Staatsform ist, die dem einzelnen die größten Freiheitsrechte gibt, dann ist das Korrelat im wirtschaftlichen Bereich die Marktwirtschaft.

Wenn wir uns dazu bekennen, dann müssen wir uns auch darum kümmern, daß dieses wirtschaftliche System funktionieren kann. Der Motor der Marktwirtschaft ist der Wettbewerb. Er wird entscheidend davon beeinflusst, ob und unter welchen Bedingungen kleine und mittlere Betriebe mitwirken können, und ob sie Zugang zum Markt haben. Wir trauen den kleinen und mittleren Unternehmungen auch zu, daß sie auf Strukturveränderungen schneller und besser reagieren können als große Betriebe.

Wer heute diese gewaltigen nationalen, aber auch internationalen Strukturveränderungen sieht, wird sich dessen bewußt, daß es solcher flexibler Betriebe bedarf, um eine Marktwirtschaft in Gang zu halten.

Wir sollten dieses Thema auch unter dem Aspekt der Rezession sehen, in der der Staat immer den Großen unter die Arme greift. Wenn dort etwas schiefliegt, ist der Staat bereit, mit Bürgschaften, mit Steuerstundungen, mit Subventionen und dgl. unterstützend einzugreifen. Den Kleinen dagegen ist eine solche Aufmerksamkeit bislang nicht in gleichem Maße zuteil geworden. Ich halte es deshalb für wichtig, daß der Staat die Existenz, die Expansionsmöglichkeit auch der kleinen Betriebe in gleichem Maße im Auge behält. Denn ein Arbeitsplatz, der in einem kleinen Unternehmen verlorengeht, ist genauso wichtig wie ein Arbeitsplatz in einem großen Unternehmen.

Lassen Sie mich nun sagen, wie ich mir die Politik für kleine und mittlere Unternehmen vorstelle. Denn wir als Politiker sind gefordert, die Rahmenbedingungen der Wirtschaft zu gestalten, die ja für die Existenzmöglichkeit der Unternehmungen entscheidend sind.

Ich möchte hier einige Bereiche herausgreifen und beginne zunächst mit der Technologie. Es ist so, daß die meisten der wichtigen Erfindungen — im vergangenen Jahrhundert waren es neun von zehn — aus dem Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen kamen. Zwischenzeitlich wird die Forschung, werden die neuen technischen Entwicklungen immer kapitalintensiver. Es kommt daher darauf an, daß wir ein Klima schaffen, daß die kleinen und mittleren Betriebe hinsichtlich der Forschung nicht benachteiligt werden, daß die staatlichen Fördermittel nicht nur gezielt den Großen zugute kommen. Dies ist gegenwärtig der Fall, weil die Vergaberichtlinien einfach zu kompliziert sind. Auf Grund des Papierkriegs, der notwendig ist, um solche Mittel zu erreichen, wird der administrative Aufwand für kleine Betriebe oft zu groß. Jedenfalls steht er in keinem Verhältnis zu dem, was nachher an Subventionen erreicht wird.

Damit sind wir hinsichtlich der kleinen und mittleren Betriebe bei einem ganz zentralen Thema: Abbau der Bürokratie. Dies gilt für die Steuerverwaltung in gleichem Maße wie für den Bereich, den ich vorhin genannt habe, die Subventionen. Das gilt weiter für den Verbraucherschutz und den Umweltschutz. Ich wäre der letzte, der sagen würde, wir sollten Umweltschutz und Verbraucherschutz abbauen. Aber wir sollten ihn so gestalten, daß auch kleine und mittlere Betriebe noch am Markt existieren können. Sie können mit Hilfe solcher Vorschriften ohne weiteres Strukturpolitik machen. Denn wenn Sie z. B. die Versuchsreihen im chemischen, im pharmazeutischen Bereich so ausgestalten, daß der Kapitaleinsatz für Kleine gar nicht mehr finanzierbar wird und sie dann ihre Produkte nicht mehr auf den Markt bringen können, dann haben Sie über solche Regeln letztlich die Marktstruktur bestimmt und die Kleinen eliminiert. Wenn der

Staat seine Aufträge vergibt, ist es notwendig, daß die Losgröße für solche Aufträge so ausgestaltet wird, daß auch kleine und mittlere Betriebe an den Ausschreibungen teilnehmen können. Es darf also nicht so sein, daß auf Grund der Ausgestaltung der Auftragsvergabe nur die Großen zum Zuge kommen können.

Hinsichtlich der Exportmärkte ist schon seit Jahren erkennbar, daß das Risiko, das mit neuen Märkten verbunden ist, für die Kleinen oft zu groß ist. Hier könnten Handelskammern, hier könnte staatliche Hilfe bei der Erkundung neuer Märkte mit dazu beitragen, daß auch den kleinen und mittleren Unternehmen die gleichen Exportchancen geschaffen werden, wie es bei den Großen der Fall ist, die all diese Recherchen in eigener Verantwortung betreiben können.

Mit Auslandsinvestitionen ist ein ähnliches Risiko verbunden wie mit dem Export. Daher kommt es darauf an, daß hier Instrumente geschaffen werden, die zumindest in der Anlaufphase einen Teil des Risikos, das mit der Auslandsinvestition verbunden ist, staatlicherseits mit übernehmen.

In der Bundesrepublik haben wir z. B. für Auslandsinvestitionen in der Dritten Welt das Instrument der Deutschen Entwicklungsgesellschaft, die in der Lage ist, auch kleine und mittlere Unternehmungen an Auslandsinvestitionen partizipieren zu lassen, ihnen die Möglichkeit zu schaffen, sich an Joint Ventures zu beteiligen. Allerdings: Seit Jahren verfolgt der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages sehr aufmerksam die Förderpraxis der DEG und dabei zeigt sich, daß auch bei solchen Förderinstrumenten, die zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmungen wirken sollten, die Hauptnutznießer die großen waren, weil diese eben auf Grund ihrer Größe eher in der Lage sind, die entsprechenden Mittel zu erhalten.

Wenn wir über die Verbesserung der Struktur für kleinere und mittlere Betriebe reden, dann darf das Thema Ausbildung nicht ausgeklammert werden. Denn kleine und mittlere Betriebe, Handwerksbetriebe sind an Ausbildungsleistungen in ganz starkem Maße beteiligt. Und wenn wir heute die Jugendarbeitslosigkeit diskutieren, dann kommt es darauf an, ob es uns gelingt, die Ausbildungsbedingungen so zu gestalten, daß sich die kleinen und mittleren Betriebe an dieser Aufgabe wieder stärker beteiligen. Wenn wir hier administrative Hindernisse aufbauen, die vielleicht vor 30, 40 Jahren noch Sinn machten, wenn wir verlangen, daß der Handwerker, der nur zwei, drei Auszubildende hat und der möglicherweise auch einmal ein Mädchen ausbilden will, zwei Toiletten, zwei Duschräume zur Verfügung stellt, kurz, wenn wir dem Auszubildenden zuviel Bürokratie aufbürden, dann geht die Ausbildungsbereitschaft zurück. Denn dann kommen mit der Ausbildung zusätzliche Kosten auf den Ausbildungsbetrieb zu, die er nicht mehr tragen kann und die ihm auch niemand ersetzt. Daher müssen wir uns darum kümmern, daß Nettokosten der Ausbildung, die den kleinen und mittleren Betrieben ent-

stehen, diesen auch ersetzt werden. Denn sie nehmen auf dem Ausbildungssektor eine ganz wichtige Aufgabe wahr.

Lassen Sie mich jetzt noch den Bereich der gesetzgeberischen Maßnahmen ansprechen, von denen manche Initiativen behindern. Ich meine hier insbesondere den Bereich der Sozialgesetze. Wenn wir z. B. den Kündigungsschutz so ausgestalten, daß er auf die Betriebsgröße keine Rücksicht nimmt, dann werden kleine Betriebe bei einem perfektionistischen Kündigungsschutz nicht mehr bereit sein, zusätzliche Arbeitnehmer einzustellen, wenn die Auftragslage gut ist. Vielmehr wird man versuchen, der guten Auftragslage mit Überstunden zu begegnen, weil man Angst hat, daß man die Arbeitskräfte an dem Tag, an dem die Auftragslage schlechter wird, nicht mehr reduzieren, abbauen kann. Insofern ist es wichtig, daß wir bei den Gesetzen darauf achten, daß sie der besonderen Struktur der kleinen und mittleren Betriebe gerecht werden und nicht kontraproduktiv wirken. Das heißt: Es gibt heute viele Betriebe, die jemanden einstellen würden, wenn sie auch davon ausgehen könnten, daß es bei schlechterer Auftragslage möglich ist, flexibel zu reagieren. Wenn die Strukturen hier über Sozialgesetze zu sehr verfestigt werden, dann ist die Bereitschaft nicht mehr vorhanden, hier entsprechend mitzuwirken; die Sozialgesetze wirken kontraproduktiv, beschäftigungshemmend.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Bereich anschneiden, der zwar nicht mit der Gesetzgebung zu tun hat, von dem ich aber meine, daß es wichtig ist, ihn auch einmal anzusprechen. Ich habe hier deutlich gemacht, daß der Unternehmer bei seinen Aktivitäten immer stärker von einem gesetzlichen Rahmenwerk eingeengt wird, auf dessen Ausgestaltung über die Verbände einwirkt. Es müßte Aufgabe der Verbände sein, auch die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmungen stärker zum Ausdruck zu bringen. Ich stelle immer wieder fest, daß sich die kleinen und mittleren Betriebe nicht die Zeit nehmen oder sie nicht haben, sich in den Verbänden gezielt zu engagieren. Die Verbandspolitik wird fast immer von den Größeren der jeweiligen Branche gestaltet; die Interessen der Kleinen kommen deshalb zu kurz. Hier ist es notwendig, daß man den Unternehmern klar macht, daß die Verzahnung mit der Politik besser werden muß. Man muß ihnen klarmachen, daß eine Rückkoppelung ihrer Wünsche mit der Politik erforderlich ist. Dies braucht nicht nur auf der Verbandsebene zu geschehen, sondern dies könnte auch auf der Betriebs- oder Unternehmensebene geschehen, indem sich z. B. kleine und mittlere Betriebe einen Beirat schaffen, der Politiker über ihre Betriebsprobleme informiert, so daß der Politiker diese Informationen in das Gesetzgebungsverfahren mit einfließen lassen kann.

Meine Damen, meine Herren, liebe Kollegen, ich komme dennoch zu dem Ergebnis, daß die Zukunft der kleinen und mittleren Unternehmungen optimistisch aussieht, wenn wir als Politiker unserer Aufgabe gerecht werden. Ich habe den Eindruck, daß auch sehr viele zentral gelenkte Wirtschaftssy-

steme die Wichtigkeit und Bedeutung kleiner und mittlerer Betriebe immer mehr erkennen. Denn zentrale Verwaltungswirtschaften sind nicht in der Lage, das gesamte wirtschaftliche Geschehen zu überschauen und zu steuern. Deshalb lassen sie mehr kleine und mittlere Betriebe zu. Dies können Sie in der Volksrepublik China genauso feststellen wie in einigen Ostblockstaaten, insbesondere in Jugoslawien.

Insofern kann man in bezug auf die Betriebsstruktur von einer gewissen Konvergenztheorie ausgehen. Es wird mehr dezentrale Systeme geben, es wird auch in Ostblockländern mehr kleine und mittlere Betriebe geben mit der Folge, daß die Flexibilität — die Stärke dieser Unternehmen — dem gesamten System zugute kommt.

Auch in den Entwicklungsländern wird es eine positive Entwicklung kleiner und mittlerer Betriebe geben. Diese Länder, die oftmals aus der Unterdrückung der Kolonialzeit heraus reagierten und ihre Wirtschaft eine sozialistische nannten und zentrale Verwaltungswirtschaften aufbauten, erkennen heute, daß die zentrale Wirtschaftssteuerung nicht funktioniert. Daher lassen sie immer mehr marktwirtschaftliche Elemente zu. Es sollte ein wichtiger Ansatz in der Entwicklungspolitik der Mitgliedstaaten des Europarates sein, den Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen und die Ausgangssituation für sie in den Entwicklungsländern zu fördern, um so einen Beitrag dazu zu leisten, daß mehr Eigenverantwortung, mehr Eigeninitiative, mehr Flexibilität und größere Effizienz in die Wirtschaft kommen.

Wir sollten das Jahr 1983 unter diesem Blickwinkel sehen.

Ziel dieses Berichts, den ich Ihnen vorgelegt habe und der auf Erörterungen basiert, die wir schon 1980 in dieser Versammlung geführt und gemeinsam getragen haben, sollte es sein, die Idee einer flexiblen, sozialen, menschlichen, ökologisch orientierten Marktwirtschaft voranzutreiben und damit eine Alternative zu den zentralverwaltungswirtschaftlichen Systemen zu schaffen. Der Europarat sollte hier auch einmal sehen, daß die Komplementarität der beiden Parlamente, des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, ein fruchtbarer Ansatz auf dem Weg zu diesem Ziel sein kann und daß es hier nicht immer Rivalität geben muß, denn jedes Parlament hat seine spezifischen Instrumente der Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe. — Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall).

Schlußwort des Berichterstatters:

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ich darf mich für die teilweise kritischen, teilweise konstruktiven und den Bericht unterstützenden Bemerkungen herzlich bedanken. Für einige Vorschläge bin ich besonders dankbar; denn sie vertiefen das, was im Bericht steht.

Was Herr Steverlynck über die Anpassungsfähigkeit der kleinen Betriebe auf der einen Seite und

ihre besondere Konjunktorempfindlichkeit auf der anderen Seite sagte, ist sehr wichtig. Wenn kleine Unternehmen Subkontraktoren von Großen sind, dann ist der große Betrieb bei einem Auftragsrückgang natürlich immer geneigt, zuerst die Beschäftigung in seinem Hause aufrechtzuerhalten und die Subkontraktoren zu streichen. Insofern muß bei einer vernünftigen Auftragspolitik der kleinen Unternehmen darauf geachtet werden, daß keine zu große Abhängigkeit von wenigen Auftraggebern besteht.

Herr Beix, die Unterscheidung zwischen groß und klein ist ganz schwierig. Wenn Sie „groß“ im Sinne von Marktmacht verstehen, dann ist die Größenordnung 500 überhaupt nicht relevant. Es gibt Unternehmen mit über 10 000 Arbeitnehmern, die auf dem Weltmarkt in diesem Sinne kleine sind. Nehmen Sie etwa Automobilproduzenten! Da gibt es Unternehmen, die von der Zahl der Arbeitnehmer her große Unternehmen sind, von der Marktmacht her aber kleine. Wenn Sie „groß“ im Sinne von Kapitaleinsatz definieren, wird es sicher wieder eine andere Größenstruktur geben als nach der Zahl der Arbeitnehmer. Insofern ist darin sicherlich eine gewisse Willkür. Aber damit müssen wir leben.

Ich möchte aber auch zum Formalen hier etwas sagen. Der Kollege Blenk hat kritisiert, daß wir mit der Diskussion über diese Empfehlung so spät dran sind. Nun muß man dazusagen — das hat er auch angedeutet —, daß am 7. Januar der Vorschlag gemacht wurde, daß der Europarat diese Idee des Europäischen Parlaments aufgreift. Da sollte man ehrlich sein: Eine Idee am 7. Januar einzubringen und sie im April hier in der Parlamentarischen Versammlung zu diskutieren, das ist in bezug auf die Geschwindigkeit fast ein Rekord. Insofern fand ich diese Kritik nicht sehr angebracht. Wir sind jetzt noch in der Lage, uns mit unserer Stellungnahme an der Diskussion, die im Laufe des Jahres stattfinden wird, voll zu beteiligen.

Wir werden sicherlich nicht mit konkreten Aktionen hier im Europarat brillieren können, verehrter Herr Kollege Oehler. Wir haben ja auch gar nicht die Haushaltsmittel, um von uns aus Förderungsprogramme aufzulegen oder all die Möglichkeiten auszuschöpfen, die das Europäische Parlament mit seinem Haushalt hat. Daher bleibt es bei einer Empfehlung und unserer Möglichkeit, als Abgeordnete im jeweiligen nationalen Parlament Einfluß zu nehmen. Das ist der Vorteil, den wir gegenüber dem Europäischen Parlament haben. Das Europäische Parlament hat mit der Rückkopplung in die nationalen Parlamente dahin gehend, daß es nationale Politik wird, die kleinen und mittleren Betriebe stärker zu fördern, Schwierigkeiten, weil es dort in der Regel nicht das Doppelmandat gibt. Wir hier haben die Möglichkeit, in unseren nationalen Parlamenten dafür einzutreten, daß die Überlegungen aus diesen Empfehlungen auch dort ihren Niederschlag finden. Insofern gibt es von der Methodik her eine Komplementarität der Arbeit der beiden Parlamente. Wir sollten diese Möglichkeit nutzen.

Am Ende der Debatte möchte ich nur noch sagen: Selbst in den nationalen Parlamenten gibt es am

Ende einer Freitagssitzung nicht immer diese Präsenz, die wir heute verzeichnen. Wir sollten da nicht zu sehr resignieren. Wir haben auch das Vergnügen, noch ein ganz komplettes Präsidium hierzuhaben. Ich freue mich sehr, daß diese Debatte so lebendig und mit so viel Rednern geführt wurde und daß hier keineswegs der allgemeine Aufbruch stattgefunden hat. Wir werden jetzt sicherlich auch die Änderungsanträge noch mit großer Beteiligung verabschieden können.

Präsident Dr. Ahrens spricht Abg. Dr. Vohrer den Dank der Versammlung für seine zehnjährige Mitarbeit aus.

Entschließung 798

betr. 1983 „Das Jahr der Klein- und Mittelbetriebe und des Handwerks“

Die Versammlung,

1. erinnert daran, daß ihre Empfehlung 895 (1980) betr. die Zukunft der kleinen und mittleren Unternehmen in Europa, weiterhin Gültigkeit besitzt;
2. bedauert die enttäuschenden Antworten, die vom Ministerkomitee auf diese Empfehlung sowie auf die schriftliche Anfrage 242 (Dok. 4825) gegeben wurden;
3. ist der Auffassung, daß die Klein- und Mittelbetriebe und das Handwerk (KMB) eine bedeutende Rolle bei der Garantie einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung und Marktstruktur sowie bei der Schaffung von Arbeitsplätzen spielen;
4. bringt ihre Unterstützung für die Initiative des Europäischen Parlaments zum Ausdruck, das 1983 zum „Jahr der Klein- und Mittelbetriebe und des Handwerks“ erklärte, sowie für das Aktionsprogramm betreffend eine gemeinschaftliche Politik für die Klein- und Mittelbetriebe und das Handwerk, das anläßlich der Eröffnungskonferenz des Europäischen Jahres, die am 20. und 21. Januar 1983 in Brüssel stattfand, erarbeitet wurde;
5. betont, daß es wichtig ist, daß sich alle Mitgliedstaaten des Europarates dieser Initiative anschließen;
6. erkennt zwar die in gewissen Ländern unternommenen Bemühungen an, ist jedoch der Auffassung, daß den Regierungen und den zuständigen internationalen Organisationen ein breiter Handlungsspielraum bleibt, um die spezifischen Bedürfnisse der KMB zu erfüllen und die Rahmenbedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, zu verbessern;
7. ist der Auffassung, daß das Europäische Jahr der KMB dazu dienen sollte, Initiativen, die auf europäischer und nationaler Ebene zur Förderung der KMB ergriffen werden, zu unterstützen;

8. bringt ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß der Europarat auf denjenigen Gebieten, für die er sich besonders gut eignet wie z. B. Berufsausbildung, rechtliche, steuerliche und soziale Angelegenheiten sowie Förderung und Schutz des Handwerkerstandes, ebenfalls einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der KMB leisten kann;
9. erinnert in diesem Zusammenhang an ihre Entschlieung 782 (1982) über den Handwerkerstand, in der europäische und nationale Maßnahmen zur Unterstützung oder Förderung des Handwerkerstandes in städtischen und ländlichen Regionen gefordert wurden;
10. vertritt die Ansicht, daß alle Maßnahmen zugunsten der Handwerksbetriebe zu einer größeren Wertschätzung der manuellen Tätigkeiten in der modernen Gesellschaft beitragen und ferner positive Auswirkungen auf das europäische kulturelle Erbe haben;
11. bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß das Ministerkomitee erneut über Folgemaßnahmen auf die Empfehlung 895 (1980) betr. die Zukunft der kleinen und mittleren Unternehmen in Europa beraten wird;
12. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf:
 - i. im Laufe des Europäischen Jahres der KMB weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Bedingungen für die Gründung und Arbeitsweise der KMB zu verbessern, insbesondere durch Maßnahmen auf folgenden Gebieten: Abschaffung eines übermäßigen Verwaltungsaufwands, Verbesserung des Zugangs zu Kapital- und Kreditquellen, insbesondere für junge Leute, um ihnen bei der Gründung von Handwerksbetrieben zu helfen, Einrichtungen besonderer Ausbildungssysteme und -programme für Unternehmensleiter und Personal und Anpassung der Gesetzgebung im Steuer-, Sozial- und Sozialversicherungsbereich an die Bedürfnisse der KMB;
 - ii. besondere Anstrengungen zu unternehmen, um administrative und technische Handelsschranken zu beseitigen, durch die die KMB besonders benachteiligt werden;
 - iii. die Einrichtung oder den Ausbau bereits bestehender Beratungssysteme für die KMB in Bereichen wie Investitionen, Zusammenarbeit von Betrieben, Ausbildung, Forschung und Innovation, Exportförderung sowie Rechts- und Steuerfragen vorzusehen;
- iv. die innovative Fähigkeit der KMB zu fördern durch Stärkung ihrer technischen Möglichkeiten, durch Unterstützung bei der Lösung finanzieller Probleme sowie durch Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastrukturen für Konsultationen, der Ausbildung und der technischen Forschung und Entwicklung;
- v. die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die KMB in denjenigen Ländern, die mit dem Problem zurückkehrender Wanderarbeiter konfrontiert sind, finanziell zu unterstützen;
- vi. in Abstimmung mit den zuständigen Berufsverbänden weitere Maßnahmen auf nationaler Ebene im Rahmen des Europäischen Jahres der Klein- und Mittelbetriebe zu unternehmen, um die Möglichkeiten für neue Initiativen zu erkunden, die die Gründung der KMB erleichtern und ihre Arbeitsweise verbessern sollen;
- vii. im Laufe dieses Jahres besondere Anstrengungen im Hinblick auf die Verwirklichung der Prinzipien zu unternehmen, die in der Empfehlung R (81) 13 des Ministerkomitees betr. Maßnahmen zur Unterstützung bestimmter Handwerksbetriebe, deren Existenz bedroht ist, enthalten sind;
12. beschließt, die Untersuchung der Zukunft der Klein- und Mittelbetriebe und des Handwerks in Europa wiederaufzunehmen, um dem Ministerkomitee neue praktische Empfehlungen unterbreiten zu können, deren Ziel insbesondere eine verstärkte industrielle Zusammenarbeit zwischen den 21 Mitgliedstaaten des Europarates im Sinne eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sein sollte;
13. bringt ihren Wunsch zum Ausdruck, sich den im Rahmen des Europäischen Jahres der KMB stattfindenden Veranstaltungen anzuschließen, und beschließt, gegebenenfalls Vorschläge für weitere Maßnahmen zu formulieren;
14. fordert ihre Mitglieder auf, die Ergebnisse des Europäischen Jahres der KMB in ihren nationalen Parlamenten zu nutzen.

